

DKP-Informationen

Nr. 5/2016 – 15. September 2016

5. Tagung des Parteivorstands der DKP 10./11. September 2016, Karlsruhe

Referat Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat zu aktuellen Entwicklungen, der Parteientwicklung und der Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Referat zur Entwicklung und Arbeit der UZ
Lucas Zeise, Chefredakteur der UZ
4. Einleitung zur Auswertung des 19. UZ-Pressfestes
5. Beschlüsse
6. Weitere Materialien

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Beschlusskontrolle
2. Referat und Diskussion zur Parteientwicklung und der Vorbereitung der Bundestagswahlen,
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Entwicklung und Arbeit mit der UZ
4. Auswertung des 19. UZ-Pressfestes
5. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2013 an den deutschen Bundestag zur Kenntnis
6. Weitere Beschlussfassungen
7. Schlusswort

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Entwicklungen, der Parteientwicklung und der Vorbereitung der Bundestagswahlen

Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

In Syrien zeigt sich, wie sehr die langfristigen strategischen Optionen des deutschen Imperialismus auf eigene Einflusserweiterung im Nahen und Mittleren Osten zu einer festen Konstante der Außenpolitik geworden sind. Kaum hatte sich das Erdogan-Regime wieder stabilisiert und mit Brachialgewalt den Kurs auf eine reaktionäre, islamisch geprägte „parlamentarisch abgesicherte“ Diktatur von Erdogan verstärkt, sortierte sich das militärpolitische Interessensgeflecht unter den zwischenzeitlich verkrachten NATO-Partnern Türkei und BRD wieder. Genossen in der Türkei schätzen ein, dass es sich bei dem Putsch und dem Gegenputsch von Erdogan um die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen gehandelt habe. Die anfängliche „Unordnung“, ausgelöst durch verbale Kritik aus Berlin, aus der EU und den USA an der Verfolgung unliebsamer Oppositioneller ist verstummt. Das devote Auftreten des SPD-Politikers und EU-Parlamentarischen Martin Schulz in Ankara war von kaum zu überbietender Peinlichkeit. Für Erdogan, der in seiner ersten Reaktion den Putsch als „Geschenk Allahs“ bezeichnet hatte, hat sich der Putsch bislang gut ausgezahlt.

Er bleibt sowohl für die EU wie für die NATO neben Israel der „wichtigste Bündnispartner“ im Nahen Osten und wird gehätschelt und mit Abstrichen an den sogenannten „europäischen Werten“ bei Laune gehalten. Sein Abstecher zu Putin und die Verständigung über eine russische Öl-Pipeline durchs Schwarze Meer war ein kleines diplomatisches Lehrstück für die EU und vor allem die BRD. Genossen in der Türkei gehen davon aus, dass die Putschisten enger als Erdogan an die USA heranrücken wollten.

Dass Erdogan, wie ja selbst das deutsche Innenministerium auf Anfrage der Linkspartei zugeben musste, die Türkei zum Aufmarsch-

und Erholungsraum für den IS gemacht hat, das alles spielt keine Rolle mehr. Es kommt zu der noch stärkeren Beteiligung des „strategischen NATO-Partners Türkei“ an der nur vordergründig gegen den sog. Islamischen Staat gerichtete Militärkoalition, die vor allem darauf abzielt, dem mit Syrien verbündeten Russland nicht allein das Kampffeld zu überlassen. Im Kern geht es aber um eine Aggression gegen das einzige noch verbliebene laizistische Regime im Mittleren Osten, das Syrien Assads. Es geht gegen einen Staat und eine politische Führung, die sich nicht völlig dem Willen der imperialistischen Großmächte und Ölkonzerne unterworfen hat.

Gestützt auf das Bündnis mit Russland, das seine eigenen Interessen gegenüber NATO und US-Imperialismus zu wahren sucht, gelingt es der Assad-Regierung in den letzten Wochen strategisch wichtige Städte und Verbindungslinien zurückzuerobern. Unter Druck geraten auch die untereinander konkurrierenden verschiedenen kurdischen Interessenskoalitionen durch die zwischen den USA und der Türkei abgestimmte Militärintervention gegen das von den Kurden kontrollierte im syrisch-türkischen Grenzgebiet liegende Siedlungsgebiet – „Rojava“.

Es gehört zum kurdischen Drama, dass auch progressive kurdische Organisationen die strategische Bedeutung der staatlichen Zerschlagung Syriens im Interesse von USA und NATO nicht richtig bewertet haben.

Mut macht, dass unter diesen komplizierten Bedingungen sich in der Türkei eine Bewegung zu formieren beginnt, die Nein sagt zum Putsch und Nein sagt zu Erdogan, die Nein sagt zum Krieg.

Die Entwicklungen in Syrien, in Libyen, in der Ukraine, dem Donbass und Russland, die laufende NATO-Osterweiterung, das

Säbelgerassel von NATO, EU und Deutschland, die deutschen Aufrüstungspläne, die Pläne die Geheimdienstetats von BND und Verfassungsschutz um 12 bzw. 18 Prozent zu erhöhen – all das beweist wie dringend notwendig ein Aufschwung der Friedensbewegung ist. Wir sind stolz darauf, dass die Demonstration am 8. Oktober in Dortmund beschlossen und direkt auf dem UZ-Pressesfest verkündet wurde. Wir sind stolz darauf, dass unser Pressesfest mit den Diskussionsrunden, mit dem Antikriegsmeeting, mit vielen weiteren Beiträgen ein Forum der notwendigen Debatte, aber auch ein Forum der Mobilisierung für diese wichtige Aktion, für die weiteren Aktivitäten der Friedensbewegung, zum Beispiel am 3. Oktober in Kalkar und Essen, war.

Stolz dürfen wir sein, aber das ist auch Verpflichtung. Die Stimmung in der Partei scheint uns gut, aber es brummt noch zu wenig, wir müssen die Partei mobilisieren, damit die Partei breit nach Berlin mobilisiert. Das ist auch im Geist unseres verstorbenen Genossen Robert Steigerwald. Der Abschied von ihm stand unter dem Motto: „Nur wer selbst brennt, kann andere entzünden.“ Sowohl die SDAJ als auch wir gehören zu den erstunterzeichnenden Organisationen für den 8. Oktober. Das muss sich in unserem Beitrag zur Mobilisierung niederschlagen.

Mit den Demos gegen TTIP und CETA am 17. September haben wir einen weiteren wichtigen Termin, zu dem wir mobilisieren. Der organisierende Vorbereitungskreis scheint uns nicht besonders zu mögen. Wir haben unsere Unterstützung frühzeitig übermittelt, sie ging scheinbar verloren. Wir tauchten nicht bei den unterstützenden Parteien auf, unsere Nachfrage wurde am Donnerstag so beantwortet, dass die unterstützenden Parteien 1000 Euro bezahlt hätten und wir das ja noch tun könnten. Da wir das vorher nicht wussten, haben wir uns das jetzt geschenkt. Aber, von solchem kleinlichen Gezumpel lassen wir uns nicht abhalten, im Gegenteil. Das Leben ist kein Ponyhof und Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich nicht in die Schmollecke drängen. Bei allen sieben Demonstrationen haben wir eigene Treffpunkte und wir sind uns sicher, wir werden uns ausstrahlend in die Demonstrationen einbringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vom „Ende der Ära Merkel“ ist in den meisten Reaktionen auf das Wahlergebnis in Mecklenburg Vorpommern die Rede. Der Wahltriumph der AfD, die mit ihren 20,8 Prozent die CDU (19,0) auf den 3. Platz verwies, überschattet alle anderen Fragen. Das Wahlergebnis für die AfD wird nach allen Prognosen kein einmaliger „Ausrutscher“ nach oben sein. Hinter der AfD steht ein noch längst nicht ausgeschöpftes Wählerpotential auch im Westen.

Nach einer zu Wochenbeginn veröffentlichten INSA-Umfrage würde die AfD, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, auf 15 Prozent kommen und drittstärkste Fraktion im Bundestag sein - deutlich vor den Grünen und der Partei DIE LINKE, deren Status als „Volkspartei des Ostens“ immer mehr zerbröckelt. In Mecklenburg-Vorpommern hat Die LINKE laut infratest dimap insgesamt 24.000 Wählerinnen und Wähler verloren, davon 16.000 an die AfD. Auch CDU (22.000) und SPD (15.000) verloren an die AfD. Da ist es kein Trost, dass die 19.000 Wähler, die die NPD an die AfD abgegeben hat, dazu beitragen, dass sie aus dem Landtag geflogen ist.

Wir haben im Leitantrag des 21. Parteitags die „Scharnierfunktion“ der AfD und ihre Rolle für den Brückenschlag ins offene faschistische Lager hervorgehoben. Es gehört zum Charakter solcher Türöffner-Parteien, dass sie die Klaviatur der Sozialdemagogie meisterhaft bedienen können. Und es wiederholt sich auch jetzt, dass sich aus der Schwäche von sozialistisch orientierten Parteien in der Entwicklung von Klassenpolitik, große Teile der Arbeiterklasse von dieser Demagogie einfangen lassen.

Wir müssen eine klare Definition der AfD vornehmen. Aus unserer Sicht ist sie dieses Scharnier, sie ist nationalistisch und rassistisch, sie ist aus unserer Sicht aber keine faschistische Partei. Ihre Kombination mit den Ansätzen von Massenbewegung, wie wir sie mit Pegida etc. erlebten ist brandgefährlich, aber auch dies waren und sind keine faschistischen Massenaktionen. Die AfD hat ihren stärksten Wähleranteil in der Gruppe der 35 - 44 Jahre alten Männer, und sie hat unter den Arbeitern mit 33 Prozent den höchsten Zuspruch aller Parteien. Bei den Erwerbslosen erreicht die Zustimmungquote 29,9 Prozent.

Weil es eben nicht um eine „ostdeutsche“ Frage, nicht um eine nur kurzlebig bedeutsame Anti-Ausländer- oder Anti-Flüchtlingsstimmung

geht, sondern um eine ganzes Bündel von negativen Lebenserfahrungen, von denen vor allem die arbeitende Bevölkerung in Ost und West betroffen ist, war die Kandidatur der DKP umso richtiger und wichtiger. Wir danken unseren Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern. Dass sie mit ihrer Kandidatur, einem spezifisch auf Mecklenburg Vorpommern zugeschnittenen Wahlprogramm an die Öffentlichkeit getreten sind und dafür über 1300 Stimmen gewonnen haben, war richtig, war mutig und ein politischer Gewinn. Unsere jüngste Bezirksorganisation ist noch klein und trotzdem hat sie famos gekämpft. Im Wahlkampf wurden knapp 50.000 Materialien verbreitet. Es fanden Aktivitäten in 31 Orten von Altentreptow über Güstrow, Rostock, Schwerin, Stralsund bis Wismar und Zingst statt. Zu den Aktivitäten zählen zwölf Infotische und sechs Veranstaltungen. Die Genossinnen und Genossen sagen: „Hervorzuheben sind auch ungezählte Gespräche und Kontaktaufnahmen. Wir wollen und werden präsenter werden. Dieses Land braucht eine viel stärkere DKP. Eine stärkere DKP braucht mehr Mitglieder.“ So ist es.

Wir haben die Kandidatur als Teil eines längerfristigen „Parteiaufbaus Ost“, eines Kampfes um die Stärkung der Partei verstanden. Wer denn außer uns verbindet die Frage des reaktionären Staatsumbaus und der bewussten Schwächung und Zerlegung der sozialen Sicherungssysteme mit der Flüchtlingsfrage zu einer Politik des gemeinsamen Klassenkampfes. Wer denn sonst erklärt, dass die Renten nicht deshalb „unsicher“ sind, weil es „zu viele Flüchtlinge“ gibt? Gerade an der Rentenfrage, an der Frage der Armut im Alter werden doch die langfristigen Folgen von Niedriglohnsektor, prekären Arbeitsverhältnissen, Dauerarbeitslosigkeit und permanentem Runterfahren der Rentenbemessungsgrundlage deutlich. Die Umwandlung von privat eingezahlten Rentenbeiträgen in Bestandteile der internationalen Banken- und Börsenspekulation, die ständige Runterführung des Arbeitgeberanteils an den Renten- und Krankenkassenbeitragszahlungen und die Erhöhung des „Eigenanteils“ der Versicherten – das alles hat mit sozialreaktionären Umbau der gegen die Kapitalisten hart erkämpften Fortschritte im Renten- und Gesundheitswesen zu tun.

Es ist deshalb für uns wichtig, dass wir das Rentenprogramm der IG Metall jetzt in die

innergewerkschaftlichen aber auch die allgemeingesellschaftlichen Diskussionen einbeziehen und unsere eigenen Positionen im Zuge dieser Diskussionen weiter ausarbeiten und aktualisieren.

Die im nächsten Jahr stattfindenden Bundestagswahlen werfen ihren Schatten voraus. Spekulationen über mögliche Regierungskoalitionen machen bereits die Runde. Man mag sich als Linke/r in diesem Land sagen, dass es für die Arbeitenden, die Arbeitslosen, Rentner, Jugendlichen und Ausgegrenzten wichtigere Dinge gibt als die Frage, welcher Teil der herrschenden Klasse sich im Gerangel um die Regierungsposten durchsetzt und welche Koalitionsform am Ende obsiegen wird oder nicht. Denn – so hört man im Kreise von Kolleginnen und Kollegen derzeit immer wieder - „am Ende bleibt doch alles beim Alten bzw. der ‘Alten’“.

Doch als Marxisten gehen wir an diese Frage anders ran. Wir gehen davon aus, dass Wahlen eine Art „Barometer“ darstellen oder wie es Lenin so treffend formulierte: „Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wieweit die verschiedenen Klassen bereit sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die eigentliche Lösung der Aufgaben aber erfolgt nicht durch Abstimmung, sondern durch den Klassenkampf (...).“ (LW 27, S. 262)

Der Parlamentarismus ist für uns also nicht politisch „erledigt“, auch wenn uns die Beteiligung bei der nächsten Bundestagswahl womöglich mit Ergebnissen konfrontiert, die uns nicht in einen Freudenrausch versetzen können und werden. Ein „Barometer“ ist nicht gut oder schlecht. Jede Partei bekommt am Wahltag eine Art Attest für ihre Praxistauglichkeit. Man kann sich durch dauerhaften Kandidaturverzicht zwar einreden, dass man „eigentlich“ ja besser dastehen könnte und ein besseres „Attest“ verdient hätte, wenn es „die Medien“ oder den Medienboykott nicht gäbe; aber wir würden uns damit selbst in die Taschen lügen.

Dass Kommunisten durch das übliche bürgerliche Raster von Ehrsamkeit und Akzeptanz fallen ist das Normalste auf der Welt.

Man kann sich als Kommunist nicht darüber beklagen, dass einem der Wind nicht in die Segel bläst, wenn man gegen den allgemeinen

gesellschaftlichen Konsens segelt, der im Kapitalismus und in der vom Kapital geprägte bürgerlichen Demokratie das „Maß aller Dinge“ sieht.

Wir sind radikal, wir sind Systemgegner, wir stehen nicht auf der Seite der Mächtigen. Wir wollen den Schwachen Mut machen zu erkennen, dass sie die eigentliche Macht aufbringen könnten, wenn sie es wollten. Die Spekulationen schießen derweil mächtig ins Kraut. Das geht von der Variante „Rot-Rot-Grün“, der die meisten Kommentatoren keine realistische Chance beimessen, bis zu der immer häufiger in den Vordergrund gerückten Variante „Schwarz-Grün“.

Relevante Teile der ehemaligen grünen „Fundamentalopposition“, die sich nicht erst mit Winfried Kretschmann zur staatstragenden, stinkbürgerlichen und auf akademische Mittelschichten stützende Partei entwickelt hat, favorisieren nun auch für die Bundesebene dieses Regierungsmodell. Früher haben sie dazu den Kalauer auf Demos gerufen: „Lieber in der Front des Volkes als im Arsch der Bourgeoisie“.

Die SPD ist derzeit weit entfernt von jeglicher Führungsrolle in irgendeinem Wahlbündnis; sie ist dabei sich noch mehr in internen Machtkämpfen zu zerfleischen. Sigmar Gabriel erwächst jetzt neues Ungemach wegen seiner Zustimmung zu CETA, dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Dabei bleibt der eigentliche Skandal, den dieses Abkommen beinhaltet, bislang weitgehend unbeachtet. Auf der kanadischen Seite sind es vor allem US-Konzerne, die über ihre kanadischen Zweigniederlassungen durch CETA all das durchsetzen wollen, was ihnen durch das mögliche Scheitern des TTIP zu entgleiten droht. Dass die europäische Öffentlichkeit und Protestbewegung sich in erster Linie auf den Disput um TTIP konzentriert, macht es den US-Konzernen möglich im Windschatten der TTIP-Kontroverse in aller Ruhe CETA vorzuschieben. Das gehört in die Vorbereitung auf die in der nächsten Woche stattfindenden Anti-TTIP Demonstrationen unbedingt mit hinein. Wer Nein zu TTIP sagt, muss zugleich Nein zu CETA sagen. Die sich andeutende rhetorische Absage von Teilen der SPD-Führung an TTIP – bei gleichzeitiger Zusage zu CETA – das ist die eigentliche politische Schweinerei. Und wir müssen auch deutlich machen: TTIP ist die Wirtschafts-NATO. Wir sagen Nein zu TTIP und Nein zur NATO. Diese Losungen tragen

wir nächste Woche auf den sieben Demonstrationen.

Auf Seiten der CDU ist die Zeit der unangefochtenen Kanzlerschaft von Angela Merkel beendet. Die innerparteiliche Opposition, die das berühmte Merkelsche „Wir schaffen das“ aus zumeist tiefreaktionären Motiven ablehnt und bekämpft, meldet sich deutlich zu Wort. Selbst die Verschärfung der Ausländer- und Innenpolitik durch das neue „Sicherheitspaket“ von Innenminister de Maizière, die den Umbau der BRD zu einem „autoritären Sicherheitsstaat“ – so unserer Charakterisierung der Rechtsentwicklung im Parteiprogramm und im „Leitantrag“ des 21. Parteitags - immer mehr beschleunigt, reicht dem nationalkonservativen Spektrum der CDU/CSU nicht. Es gibt aber noch keinen wirklich durchsetzungsfähigen Gegenspieler, der zu einer alternativen Führungsfigur und Herausforderung für die Kanzlerin werden könnte.

In der Partei Die LINKE tobt die Debatte in Sachen Wirtschafts-, Ausländer- und Sicherheitspolitik. Genosse Uwe Fritsch wertet in seinem Antrag, der sich gegen die flächendeckende Kandidatur der DKP mit Landeslisten ausspricht, den Magdeburger Parteitag als einen gewissen Linksschwenk. Zumindest aber sieht er in der Kombination aus AfD-Wahlerfolg und Entwicklung der Linkspartei einen Grund nicht flächendeckend anzutreten. Wir sehen das anders. Aus unserer Sicht stehen wir zwar vor der Gefahr eines Rechtsschwenks der Republik, aber unterhalb der Qualität einer faschistischen Entwicklung. Wäre dies anders, müssten wir auch bei den Wahlen alles dem Ziel des Stopps unterordnen. Wir meinen aber, dass wir uns in einer Phase befinden, in der wir der Entwicklung der kommunistischen Partei - einzigartig, weil revolutionär; Teil der Linken und damit Druckfaktor von links - viel Gewicht geben müssen.

Wir sehen aber auch in der Entwicklung der Partei DIE LINKE selbst eine Notwendigkeit für unsere Kandidatur. Neben allen taktischen Zugeständnissen in manchen Formulierungen des Magdeburger Parteitags hat aus unserer Sicht die „Ramelow“-Richtung faktisch die interne Meinungsführerschaft errungen. Ihre Devise heißt „Bündnisfähigkeit“ herstellen und entsprechenden „Ballast“ abwerfen, damit „Rot-Rot-Grün“ möglich wird. Welche „roten Haltelinien“ dafür aufgegeben werden, wird man noch abwarten müssen.

Die Sichtweise ist bei vielen Kommunisten in der Linkspartei ähnlich. Unser Freund und Genosse Ekkart Lieberam sagt: „Ärgerlich ist die Geschichtsvergessenheit bei der Linkspartei. Dies zeigt sich ja nicht nur in dem devoten Kniefall in Thüringen in Sachen ‚Unrechtsstaat, Willkürstaat und Alltagsdiktatur DDR‘. Generell spielen in der aktuellen Debatte um die Regierungsfrage geschichtliche Erfahrungen und Lehren so gut wie keine Rolle.“

Auf die Frage: „Du hast (...) in Deiner Broschüre Einschätzungen zur Regierungspraxis von SPD und nunmehr auch PDS und Linkspartei getroffen, die alle die Kurt Tucholsky zugeschriebene Sentenz bestätigen ‚Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.‘ Wie erklärst Du Dir, dass viele Politiker der Linkspartei hier offenbar noch weniger lernfähig sind als die Versuchskaninchen aus der Biologie?“ antwortet er: „Das mit der mangelnden Lernfähigkeit hat strukturelle Gründe. Wer als Linker auf Regierungskurs oder gar Regierungspartei ist, verliert die Fähigkeit zu einer kritischen Gesellschaftsanalyse und wird unglaublich. (...) Langeweile sehe ich vor allem im Mangel an einem klaren politischen Profil der LINKEN als sozialistische Partei und Friedenspartei. Über eine gesellschaftliche Alternative zum Krisenkapitalismus wird in der Linkspartei kaum noch ernsthaft diskutiert. Ihre Flüchtlingspolitik ist geprägt von konträren Auffassungen, erreicht oft nicht die Menschen – und ignoriert zudem in leichtfertiger Weise Befunde kritischer Migrationspolitik und der Rolle der Migration im Rahmen gesellschaftlicher Destabilisierung. Die Linkspartei will Völkerrechtspartei sein, aber weigert sich, klar zu sagen, dass die derzeitige unmenschliche kapitalistische Weltordnung gestürzt werden muss. Sie drückt sich um einen klaren Bruch mit dem vom Finanzkapital beherrschten neoliberalen EU-System.“

Nun, Ekkart würde uns zwar wohl nicht zur Kandidatur auffordern, aber für die von ihm benannten notwendigen Inhalte stehen wir. In diesem Zusammenhang betonen wir, die Wichtigkeit und Aktualität unseres Sofortprogramms, das ein zentraler Baustein für unser öffentliches Auftreten in den nächsten Monaten sein muss. Dass wir bereits die 3. Auflage nachdrucken mussten, beweist die Schlagkraft unserer Argumente, und trotzdem wir sind beileibe noch nicht am Anschlag unserer Kräfte, was unsere Aktivitäten angeht. Wir werden mit

zusätzlichen Materialien auf die drängenden Fragen von Gesundheits- und Rentenpolitik reagieren.

Nun zu den Argumenten gegen unsere Kandidatur:

1. Wir sind viel zu schwach und werden uns wieder als 0.02-Prozent-Partei blamieren.
2. Die politische Lage erfordere eine kluge und realistische Wahltaktik und keinen blinden Fundamentalismus. Die Lage – vor allem die Rechtsgefahr - ist so dramatisch, dass man die demokratischen Kräfte bzw. DIE LINKE nicht mit einer ohnehin aussichtslosen Kandidatur schwächen darf.
3. Für Kommunisten ist der außerparlamentarische Kampf wichtiger als der parlamentarische. Das müsste doch gerade diese linke“ PV-Mehrheit wissen.

Die Kandidatur der DKP ist kein revolutionärer Akt. Ende 2017 werden wir weder mit einer starken Fraktion ins Reichstagsgebäude einziehen noch wird sich ein DKP-Vorsitzende/r dann als Nachfolger/Nachfolgerin der Alterspräsidenten Clara Zetkin zur Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Bundestag ans Rednerpult begeben. Aber wir werden bei und nach einer Kandidatur unserer Partei gewiss Folgendes bilanzieren können:

- Wir haben als DKP gezeigt, dass wir mit unserem Sofortprogramm eine aktuelle programmatische Alternative haben, die auch für eine oppositionelle Kraft in den Parlamenten eine gute Plattform darstellen würde.
- Wir haben linke Alternativen zur Politik der äußersten parlamentarischen und reaktionären Rechten, der AfD, entwickelt und haben sie im Wahlkampf propagiert.
- Wir haben in tausenden Gesprächen bei der Unterschriftensammlung für unsere Kandidatur mit Menschen geredet haben, die eine Alternative zur Diktatur des Monopolkapitals, sowie zu AfD, CDU/CSU, Grünen, SPD, FDP suchen, und die Zweifel daran haben, dass die linken Kräfte in der Linkspartei die Anbiederung der Mehrheit an das Projekt SPD-Grüne-Linke verhindern können.
- Wir haben die Aktivität und öffentliche Präsenz vieler Kreise und Gruppen der DKP erhöht, die ihre Argumente mit

dem Sofortprogramm in der Hand im Gespräch mit „Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller“ geschärft haben.

- Wir haben gelernt, wie gut es ist im Kollektiv am Infostand, auf Plätzen oder an Haustüren für die gemeinsame Sache zu diskutieren und wie es ist, wenn einer dem/der anderen dabei argumentativ unter die Arme greift.
- Wir haben erfahren, dass die Stimmen und die politischen Alternativen der Kommunisten etwas wert sind und gehört werden.
- Wir haben aber auch erlebt, dass man unsere Argumente und die Tatsache, dass es uns gibt, gut findet und uns trotzdem nicht wählt ... Besser wir stellen uns dem und streiten darum, als wir nehmen es hin und wollen es gar nicht verändern.

Die DKP kandidiert gegen eine bestimmte Politik und gegen Parteien, die diese vertreten. Aber wir kandidieren in erstere Linie FÜR etwas. Wir kandidieren für konsequente friedenspolitische, antifaschistische, antimonopolistische und für konsequent demokratische Forderungen. Damit stellen wir uns im Wahlkampf als die antikapitalistische Alternative vor, die sich von allen anderen unterscheidet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein zentrales Argument gegen Wahlantritte unsererseits ist, dass uns ein Ergebnis 0,02 Prozent schadet, weil es den Menschen unsere Schwäche demonstriert, unsere Wähler und uns selber frustriert. Letzteres kann nur stimmen, wenn wir uns selbst hinsichtlich unserer Stärke etwas vormachen. Wir brauchen den Kampf um unsere Stärkung, vor allem unsere organisationspolitische Stärkung. Auch dazu wollen wir den Wahlkampf nutzen. Wir hören: „Ist das nicht Sektierertum, die Stärkung der eigenen Organisation über die Stärkung der Linkskräfte bei den Wahlen zu stellen?“ Nein, das ist es nicht, wenn wir uns vergegenwärtigen, welch großes Problem für die Entwicklung linker, fortschrittlicher Bewegung in diesem Land die Schwäche der kommunistischen Komponente darstellt. Wir müssen diese Komponente für die fortschrittliche Bewegung insgesamt stärken.

Ein weiteres Argument gegen die Eigenkandidatur lautet: „Wenn die Friedensfrage und die Frage des

Antifaschismus von zentraler Bedeutung sind, müssen wir um die Stärkung der Kraft im Parlament ringen, die bislang eine klare Haltung gegen Bundeswehreinmärsche, Hochrüstung und Neonazis einnimmt. Das ist die Partei DIE LINKE.

Jede Schwächung ihres Wahlergebnisses ist ein politischer Fehler.“ Das Argument passt nicht zu dem prognostizierten Ergebnis von 0,02-Prozent für die DKP. Viel wichtiger ist es aber auch hinsichtlich der Entwicklung in der Linkspartei, dass unser Eingreifen den Wahlkampf politisiert und Druck von links auch auf DIE LINKE ausüben kann. Denn einig sind wir uns doch, dass es innerhalb der Linkspartei Kräfte gibt, die die bisherige Konsequenz in der Friedensfrage der Regierungsfähigkeit opfern wollen. Hier brauchen sie Druck von links.

Im Beschluss unseres Parteitags zur Kandidatur zu den Bundestagswahlen haben wir vorgesehen, dass wir den Antritt mit Landeslisten noch einmal anhand der politischen Rahmenbedingungen, anhand der politischen Entwicklung überprüfen. Dieser Aufgabe muss sich diese PV-Tagung stellen. Im Sekretariat des Parteivorstands sind wir zum Ergebnis gekommen, dass weder die Entwicklung der politischen Situation in unserem Land, noch die Entwicklung innerhalb der Linken in der Gesamtheit noch in der Linkspartei solcherart sind, dass sie gegen die flächendeckende Kandidatur der DKP mit Landeslisten sprechen.

Nein, wir meinen sogar, dass die weltweiten Kriege, die Aggressivität der NATO, das Säbelrasseln gegen Russland, die Gefahren von TTIP und CETA, die Fluchtsituation, der Missbrauch der Geflüchteten zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte, der Rassismus in unserem Land, die Gewalt gegen Flüchtlinge, die Wahlerfolge der AfD – das alles schreit nach 100-Prozent-Antikriegspartei, das schreit nach einer 100-Prozent-Partei gegen die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut, das schreit nach einer 100-Prozent-Partei gegen Rassismus und dessen Ursachen, das schreit nach einer Partei, die in aller Deutlichkeit die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut, die Konzerne und Monopole und ihre politischen Helfershelfer in Regierung und Parteien benennt. Dazu braucht es eine stärkere kommunistische Partei, dazu braucht es die DKP im Wahlkampf und als Stachel auf dem Stimmzettel. Dazu braucht es die Sammlung der Unterschriften als

Diskussionsoffensive und dazu haben wir mit dem Sofortprogramm eine gute Grundlage.

Wer der Meinung ist, dass Krieg, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der sozialen Perspektiven Fluchtursachen sind, wer der Meinung ist, dass daran Konzerne und Monopole verdienen, wer der Meinung ist, dass die Forderungen des Sofortprogramms richtig sind und dafür die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut zahlen müssen, der soll helfen die Kandidatur der DKP mit seiner Unterschrift abzusichern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir heute, wie durch den Parteitag beschlossen ein gewisses Resümee der Entwicklung der Auseinandersetzungen in der DKP ziehen, dann lohnt es sich nochmal auf einen größeren Zeitraum zurückzublicken.

Nach längerem Gären wurden die inhaltlichen Unterschiede, die es in der Partei gab und gibt deutlicher mit der Veröffentlichung der sogenannten „Thesen des Sekretariats“ in Vorbereitung auf den 19. Parteitag. An diesen Thesen wurde deutlich, es gibt tiefgehende Unterschiede in der Einschätzung der Situation und Entwicklung des Imperialismus im Weltmaßstab, des Imperialismus in Europa, der Rolle der EU und des deutschen Imperialismus. Tiefgehende Unterschiede zeigten sich in der Frage des revolutionären Subjekts, der Wege und des Wesens des Sozialismus und der Rolle und Aufgaben der kommunistischen Partei.

Auf den Vorhalt, dass diese Thesen ja in einem Widerspruch zum Programm der DKP stünden, antworteten Befürworter der Thesen zu recht, dass die Programmatik einer kommunistischen Partei sich ja durch die Weiterentwicklung der Analyse einer sich verändernden Realität auch weiterentwickeln müsse. Im Widerspruch zur damaligen Aussage werfen sie allerdings heute, sich „Programmströmung“ nennend, allen, die inhaltlich im Widerspruch zu ihnen stehen vor, nicht auf dem Boden des Programms zu stehen. Das, obwohl sie gemeinsam mit uns wissen, dass zum Beispiel die Entwicklung der EU im Verhältnis zu 2006 deutlicher gemacht hat, dass es sich um ein imperialistisches Konstrukt handelt, das überwunden werden muss.

An dieser Stelle wird gerne und oft auf das sogenannte 84iger-Papier verwiesen. Und

tatsächlich, da gibt es eine Ähnlichkeit, 84iger-Papier und Thesen sind beides Dokumente, mit denen sich eine Gruppe von Genossinnen und Genossen im Vorfeld eines Parteitages in einen inhaltlichen Diskussionsprozess einmischte. Da gibt es nur einen wichtigen Unterschied, die Genossinnen und Genossen, die das sogenannte 84iger Papier entwickelten akzeptierten die Beschlussfassung des Parteitags.

Nun, der 19. Parteitag hat vor knapp sechs Jahren diese Thesen mit einer für ein Dokument des Sekretariats ungewohnten Deutlichkeit zurückgewiesen. Trotzdem bilden die Thesen einen zentralen inhaltlichen Bezugspunkt, eine Art programmatische Grundlage für den Verein marxistische linke und für das sogenannte kommunistische Netzwerk.

Der 20. Parteitag hat mit seinen Beschlüssen, darunter „Antworten der DKP auf die Krise“, und der Wahl einer neuen Führung diese inhaltliche Abkehr von den Thesen bekräftigt. Der 20. Parteitag wurde dann schnell als „Putschparteitag“ diffamiert, den Delegierten wurde Entscheidungskompetenz abgesprochen. Schnell danach tauchte ein Papier aus Südbayern auf, in dem klargemacht wurde, dass man die Internetplattform „kommunisten.de“ nicht dem PV geben würde, sondern die formale Eigentümerschaft von Leo Mayer zur Enteignung des PV nutzen würde. Und es tauchte zum ersten Mal die Aussage auf, dass sich die Diskussion mit den „anderen“, also der neuen Mehrheit, nicht lohnen würde.

Inhaltlich wurden die Thesen weiter aufrechterhalten, die innerparteiliche Debatte wurde nur teilweise geführt. Bei einer der beiden offenen theoretischen Konferenzen blieb die Opposition im Prinzip weg. Später kam der Verweis, dass sie bei der ersten Konferenz, bei der ihr jeweils ein Koreferat ermöglicht worden war, ausgegrenzt worden wäre.

Nun kommt ja gerne der Verweis auf T&P. T&P hat keine programmatische Plattform wie es die Thesen sind. T&P wirbt nicht für einen anderen organisatorischen Rahmen. kommunisten.de wird heute von der marxistischen linken e.V. herausgegeben.

In den Zeitraum zwischen dem 20. und 21. Parteitag fällt die Entwicklung von Unite. Eine kleine Gruppe von Mitgliedern, der mit uns eng

verbündeten Jugendorganisation SDAJ wollte dort ein reformistisches Politik- und Organisationsverständnis umsetzen. Unterstützt, mindestens hoffnungsvoll behandelt wurden sie von Teilen derer, die heute Funktionen im Verein marxistische Linke haben bzw. im kommunistischen Netzwerk sind. Nun Unite ist gefloppt. Die SDAJ hat einige wenige Mitglieder durch Ausschluss bzw. Austritt verloren. Allerdings war einer davon in dieser Zeit dann Bezirksvorsitzender unserer Partei in Rheinland-Westfalen, wohl auch ein gewisser Hoffnungsträger. Heute ist er bei den Juso-Hochschulgruppen.

Der 20. Parteitag hatte ebenso beschlossen, Logos etc. der Europäischen Linkspartei nicht in der Öffentlichkeitsarbeit der Partei zu verwenden. Dies wurde mehrfach provokativ umgangen, u.a. beim 18. UZ-Pressfest. Wer Fotos des DKP-Stands beim diesjährigen Volksstimme-Pressfest in Wien sieht, der glaubt marxistische linke e.V., Europäische Linkspartei und DKP, das wäre alles dasselbe. Offensichtlich eine Umsetzung des Beschlusses der marxistischen linken zur eigenen internationalen Arbeit, allerdings unter Benützung der DKP als Hülse.

In diesem Zeitraum lag auch die Teilnahme an den EU-Wahlen. Damals gab es keinen offiziellen Boykott. Sicherlich es gab Unterschiede, auch provokative, öffentliche Aussagen von einzelnen Funktionären, dass man der DKP auch die eigene Unterstützungsunterschrift nicht gebe – trotzdem irgendwo konnte man es zumindest noch als gemeinsame, bundesweite Aktion benennen, vielleicht auch schönreden. Gegründet wurde dann die marxistische linke e.V. Es wird behauptet man wäre ein Verein zur Zusammenführung von Linkskräften. Im Protokoll der 1. Jahreshauptversammlung wird aber aus Berlin als Problem berichtet, dass Mitglieder der marxistischen Linken doch noch stark in der DKP verhaftet wären und seit 2 Jahren führt dieser Verein Gegenveranstaltungen zur LL-Veranstaltung der DKP durch. Vor dem 21. Parteitag waren daran selbst Mitglieder des Parteivorstands beteiligt. Mein Aufruf sie nicht in den neuen Parteivorstand zu wählen, wurde als Ausgrenzung gewertet, sie traten nicht zur Wahl an oder wurden nicht gewählt.

Der 21. Parteitag hat die Ergebnisse des 20. Parteitags bestätigt. Das tat er mit Inhalten, wie dem beschlossenen Leitantrag, der Handlungsorientierung, der Beschlussfassung

zu den Bundestagswahlen, zum UZ-Pressfest, zu 100 Jahren Oktoberrevolution. Er tat das mit der Wahl der Vorsitzenden und des Parteivorstands. Er widerlegte den Unsinn vom Putsch auf dem 20. Parteitag, insgesamt zeigte er vielmehr eine gewachsene Zustimmung und ein gewachsenes Selbstbewusstsein der Partei, sowie vermehrte Ansätze der Profilierung und Aktion nach außen.

Der Parteitag gab uns aber auch einen ganz klaren Auftrag im Umgang mit dem Streit, mit der Tendenz zur Fraktionierung. Im Beschluss wird analysiert: „Einige Mitglieder der DKP haben im Gegensatz dazu nach dem 20. Parteitag in Form der sogenannten ‚marxistischen linken‘ mit dem Aufbau einer eigenen Organisation begonnen. Daneben organisieren sie jetzt auch die Bildung eines ‚kommunistischen Netzwerkes‘ innerhalb der DKP. Der 21. Parteitag der DKP stellte dazu fest: Die Bildung von eigenen Strukturen innerhalb der Partei und die Nichteinhaltung von Beschlüssen stellt eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit und den Bestand der Partei dar. Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten ‚kommunistischen Netzwerk‘ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.“

Was war die Reaktion dieser Genossinnen und Genossen auf diesen Beschluss des höchsten Gremiums der Partei? Sie begannen die Sammlung von Unterschriften unter einen offenen Brief des „kommunistischen Netzwerkes“. Sie widersetzten sich dem Beschluss des Parteivorstands zu Provokationen bei der Vorbereitung des UZ-Pressfests (Werbung von Helfern in anderen Bezirken für das sogenannte Dorf des Widerstands, Auftritt der marxistischen linken dort). Sie steigerten das Ganze aber noch mit einem „Wandzeitungsprojekt“, bei dem Beschlüsse des Parteitags der geeigneten Öffentlichkeit zur Kommentierung übergeben wurden. Das ganze begleitet von Karikaturen, die an Platitude und bürgerlich-antikommunistischen Attitüden wenig auslassen. Ihr kennt diese Karikaturen, wir haben sie euch zugesendet.

Egal, wie man es inhaltlich wertet. Die Genossinnen und Genossen bringen zum Ausdruck, dass ihnen die Aufforderung des Parteitags und egal ist.

Wenden wir uns nun den Inhalten des Offenen Briefs zu. Die inhaltliche Grundlage des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ wird wie folgt beschrieben: „Die Mitglieder des Netzwerks sehen sich als „Mitglieder in der DKP auf der Basis der politischen Inhalte unseres Programms und der innerparteilichen Demokratie.“

Es ist auffällig, dass das Statut, die Beschlüsse der Parteitage der DKP und die organisationspolitischen Aspekte des Parteiprogramms nicht genannt werden, das unterscheidet sich vom Statut der DKP, dort heißt es (Artikel 1) „Mitglied kann sein, wer die programmatischen Ziele und das Statut der Partei anerkennt.“ Und (Artikel 2): „Jedes Mitglied hat die Pflicht (...) die in den programmatischen Dokumenten festgelegten und von den Parteitag beschlossenen Ziele zu unterstützen sowie die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und nach Kräften bei ihrer Umsetzung mitzuwirken.“

Zur Organisationspolitischen Grundlage wird im „Offenen Brief“ formuliert: „Wir verstehen uns als Diskussionsplattform, als Netzwerk, um unsere Erfahrungen in der politischen Arbeit (...) für die Partei nutzbar zu machen. Wir bringen diese Hinweise, Anregungen, Erkenntnisse dort ein, wo wir aktiv sind, egal ob in Betriebsgruppen, Stadtgruppen, Bezirks- oder Parteivorstand.“ „Dazu werden wir auch neue Formen ausprobieren, weil wir eine offenere lebendigere Art und Weise der politischen Debatte als nötig erachten, um die DKP wieder attraktiver zu machen.“

Dies legt eine Interpretation nahe, dass Erfahrungen zuerst im Netzwerk ausgewertet und verallgemeinert werden, bevor sie in die statuarischen Gliederungen der Partei getragen werden. Es legt weiter nahe, dass das Netzwerk sich auch über das Netzwerk hinaus vorbehält andere organisationspolitische Strukturen zu bilden, um diese auszuprobieren.

Zum Verhältnis zu Parteitag und deren Beschlüssen wird formuliert: „Der 21. Parteitag der DKP (war weit) von den politischen Herausforderungen unserer Zeit entfernt.“ „Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten hat die DKP mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der EU, der Festlegung der Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen 2017, mit dem Beschluss, die Mitgliedschaft mit Beobachterstatus und die Mitarbeit in der

Europäischen Linkspartei einzustellen, in ein (bündnis-) politisches Abseits gestellt.“

Die Beschlüsse des 20. und 21. Parteitags werden an vielen Stellen nicht akzeptiert. Sie werden uminterpretiert und der Parteiführung wird vorgeworfen, mit ihnen ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs durchsetzen zu wollen.

Zum Umgang mit der innerparteilichen Debatte formulieren die Mitglieder des „Netzwerks“, dass sie sich durch die „Mehrheit im Parteivorstand an den Rand gedrängt“ sehen. „Die Auseinandersetzung mit Meinungen, die mit denen der jetzigen Parteispitze nicht übereinstimmen, (werden) nicht wirklich inhaltlich und sachlich geführt.“ Es gäbe Etikettierungen. Umgekehrt würde die Behauptung, das Netzwerk sei „die Bildung einer Fraktion mit eigenen (...) Strukturen, durch die ganze politische Praxis widerlegt.“

Hier erscheint ein Widerspruch zur Praxis u. a. beim Pressefest, bei dem ein Beitrag von drei Bezirken bewusst auf die Rekrutierung von Helfern aus dem gesamten Bundesgebiet setzte, auf dem öffentlich Mitglieder und Nichtmitglieder der DKP aufgefordert wurden, Parteitags- und PV-Beschlüsse zu kommentieren, die auf „Wandzeitungen“ mit Karikaturen kommentiert waren. Ebenfalls ein Widerspruch stellt dies zum Beschluss des Bezirksvorstands Südbayern dar, den Parteitagsbeschluss zur Kandidatur bei den Bundestagswahlen nicht umzusetzen.

Den Zustand der Partei schätzt das Netzwerk wie folgt ein: „die DKP (ist) inzwischen nicht mehr nur organisatorisch, sondern auch politisch in einer Existenzkrise.“ Sie ist „in ein (bündnis-) politisches Abseits gestellt.“ Es gäbe „das Bild einer zunehmend sektiererischen Positionierung der Parteiführung.“

Dies steht im Widerspruch zu einer gewachsenen Aktionstätigkeit, zu einer stärkeren Wahrnehmung der DKP in zentralen Politikfeldern, auch in der Bündnisarbeit, z. B. in der Friedensarbeit und im antifaschistischen Kampf. Es steht auch im Widerspruch zum Interesse von Bündnispartner an Debatten mit der Partei und der Parteiführung.

Wenn ich das alles zusammenfasse, dann komme ich zu folgendem Fazit: Der offene Brief dokumentiert in jeder Hinsicht, dass es

sich beim „Netzwerk kommunistische Politik“ um die Bildung einer Fraktion in der Partei handelt. Das mögen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner individuell nicht wollen, ändert aber am Fakt nichts.

Der offene Brief und die Unterschriftensammlung darunter zeigen deutlich, dass die Aufforderung des Parteitags nicht umgesetzt wird. Im Gegenteil. Sie hieß: „Der Parteitag fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu arbeiten.“

Nun könnte wohlwollend einiges ja immer noch der Kategorie „Streit über Inhalte“ zugeordnet werden. Aus meiner Sicht reicht das aber leider nicht mehr.

Die Unterschriftensammlung unter den offenen Brief, wohl auch auf dem Pressefest und nach einem Beschluss eines Parteitages hat nicht mit der Fortführung der inhaltlichen Debatte zu tun, sondern ist eine bewusste und provokante Vorgehensweise nach dem Motto, wir loten aus, wie ernst die Führung Parteitagsbeschlüsse nimmt und wie wir die Grenzen des Verstoßes gegen innerparteiliche Prinzipien erweitern können. Das Wandzeitungsprojekt mit seinen platten Karikaturen ist eine bewusste Umkehrung unseres Prinzips, dass wir uns streiten mögen und müssen, aber ein UZ-Pressefest sicher nicht der Ort ist, bei dem wir unsere Diskussionen platt und undifferenziert der geneigten und ungeneigten Öffentlichkeit zur Schau stellen.

Der Bezirksvorstand der DKP Südbayern fasst den Beschluss, dass er „die Entscheidung des Parteitags und der 3. PV-Tagung eigenständig als DKP zu den Bundestagswahlen zu kandidieren für falsch (hält) und sich nicht an der Umsetzung dieser falschen Orientierung beteiligen (wird)“. Das ist ein bewusster Verstoß dagegen, dass die Parteitage unserer Partei die höchsten Beschlussorgane sind. Es dient dazu die Autorität der Parteitage zu zerrütten und einer Beliebigkeit im Umgang mit Parteitagsbeschlüssen die Tür zu öffnen.

Unser Prinzip heißt: Breiteste innerparteiliche Debatte um Inhalte und in Vorbereitung von Beschlüssen zum Eingreifen der Partei. Und dann: Gemeinsames Handeln, auch, dann,

wenn Beschlüsse nur mit Mehrheit gefasst werden. Das ist wahrlich kein Prinzip, das mit irgendeiner Deformation zu tun hat. Das ist ein Prinzip, was den meisten Organisationen eigen ist, vom sprichwörtlichen Taubenzüchterverein, bis zur kommunistischen Partei.

Dieses Prinzip wird nun von Genossinnen und Genossen, von Gliederungen der Partei bewusst gebrochen. Das ist nicht hinnehmbar, das ist nicht mehr in der Diskussion zu überwinden.

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem bei Teilen der Opposition Diskussionen und Diskussionsangebote genauso wie Beschlüsse auf taube Ohren stoßen. Wir werden diese Angebote weiter machen. Aber wir brauchen gleichzeitig den von Statut und Programm der DKP geforderten Schutz der Einheit und Handlungsfähigkeit der Partei. Dazu muss die Partei sich jetzt eine Meinung bilden. Aus unserer Sicht muss die PV-Tagung im November hier Entscheidungen treffen.

Gleichzeitig wollen und werden wir aber die inhaltliche Debatte fortsetzen, sie ist notwendig und auch dazu verpflichtet uns der genannte Parteitagsbeschluss. Er orientiert auf die umstrittenen Fragen der Charakterisierung des Imperialismus, des Charakters der EU, der Strategie zur Überwindung des Imperialismus und der Rolle und Aufgabe der Partei. Wir schlagen vor dies zusammenzufassen in der Frage der antimonopolistischen Strategie der DKP. Wir halten diese für richtig und notwendig. Wir sind der Meinung, dass sie die Anwendung der marxistisch-leninistischen Analyse und Revolutionstheorie auf die heutige Zeit darstellt und damit identitätsbildend für die kommunistische Partei ist. Wir brauchen eine Präzisierung und wir brauchen einen Diskussionsprozess der die kollektive Weisheit der Partei fordert und die kollektive Sichtweise der Partei fördert. Wir schlagen deshalb vor diese Frage zentral in die inhaltliche Vorbereitung des 22. Parteitags zu stellen.

Ist das eine Nabelschau, was wir hier machen? Nein, wir haben einen klaren Auftrag des Parteitags und Teile der Opposition gefährden das gemeinsame Handeln. Natürlich ist es möglich diese Entwicklung umzukehren. Natürlich gibt es Hoffnung, wenn das Bezirkssekretariat in Südbayern, im Unterschied zum Beschluss des Bezirksvorstands nun gemeinsam mit dem Bezirkssekretariat Nordbayern zur

Wahlversammlung in Bayern einlädt. Natürlich werden unsere Auftritte bei der Demo gegen TTIP und CETA, bei den Aktionen gegen Rassismus und am 8. Oktober belegen, welche und wieviele Gemeinsamkeiten es in der Aktion es gibt.

Was die Sicht nach innen angeht, werden wir das im November zu bewerten haben. Das darf uns aber nicht hindern, jetzt die Mobilisierung zu intensivieren. Wir wollen den Kollegen, die Kollegin, den Nachbarn, die Nachbarin, den Freund, die Freundin gewinnen. Wir wollen und wir müssen das. Wir dürfen uns nicht an der politischen Aufgabe

unserer Partei hindern lassen. Wir haben mit unserem grandiosen UZ-Fest gezeigt, dass wir das können.

Lasst uns noch einen Zahn zulegen in der Mobilisierung gegen TTIP und CETA und der Vorbereitung der Friedensdemo am 8. Oktober und lasst uns Einbringen in die Bewegung gegen Rassismus und die AfD. Und lasst uns den Jugendpolitischen Ratschlag von SDAJ und DKP nutzen, um unsere Zusammenarbeit nicht nur in der Friedensarbeit zu vertiefen und auch regional zu verbessern. Also, lasst uns vom heißen Herbst nicht nur träumen und reden, sondern ihn machen.

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Zur Entwicklung und Arbeit der UZ

Anmerkungen zur UZ und wohin sie sich entwickeln soll

Lucas Zeise, Chefredakteur der UZ

I. Grundsätzlich: die UZ ist ein Instrument der ganzen Partei mit dem Ziel

- den Imperialismus, das gegenwärtige Herrschaftssystem zu begreifen, und
- die Strategie der Partei zu entwickeln

In diesem Sinne ist die Parteizeitung auch der, nein ein Organisator der Partei.

II. Ein Blick auf die Entwicklung der Zeitungen des Bürgertums:

Sie dienten der Selbstverständigung des Bürgertums und waren wesentliches Element der Nationenbildung.

Im Vordergrund standen Informationen über den eigenen nationalen Markt, seine Politik und seine Kultur. Selbstverständigung hieß in den Zeiten, als Bourgeoisie noch nicht die herrschende Klasse war auch die Verständigung im Klassenkampf. Das hieß auch das Sammeln und Verbreiten von Informationen über andere kapitalistische, konkurrierende Nationen. Schon sehr früh spielte die Beeinflussung der beherrschten Klasse (und Schichten) eine Rolle.

Im Zeitalter des Imperialismus steht dieser Aspekt ganz weit im Vordergrund. Die Medien werden Propagandainstrument des Monopolkapitals – auch gegenüber der nichtmonopolistischen Bourgeoisie.

III. In diesem Umfeld muss sich die Zeitung unserer Partei behaupten.

Dabei ist klar, dass die Übermacht der Propagandamaschine des Klassengegners in ihrer kulturellen Vielfalt überwältigend ist. Wir können nie so laut brüllen wie sie.

Wir können nie so variantenreich die Wahrheit sagen, wie sie lügen und an der Wahrheit drehen. Es scheint ein aussichtsloser Kampf zu sein. Dennoch ist der Spruch der „jungen Welt“ genial und auch für uns gültig: „Sie lügen wie gedruckt, wir drucken, wie sie lügen.“

An dieser Stelle ein vorläufiges Zwischenergebnis: Die UZ ist die Zeitung, die die Wahrheit schreibt.

IV. Eine – ich behaupte die größte - der Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit ist es, sie zu erkennen.

Wir sollten das mit der Wahrheit also genauer formulieren: der Zweck der UZ ist es, den Imperialismus zu begreifen. Das heißt eben nicht, dass wer den Imperialismus begreifen will, einfach unsere Zeitung aufschlägt, und dort steht es dann schwarz auf weiß. Vielmehr ist die UZ ein wichtiges Instrument, mit dessen Hilfe die Partei (und die Arbeiterklasse) lernen oder lernen sollen, den Imperialismus zu begreifen. Das wiederum bedeutet: in der UZ wird nicht verkündet, was wir (oder einige von uns) schon wissen, sondern in der UZ steht, was wir noch erkunden müssen und was wir vermuten. Noch etwas genauer: in der UZ versuchen wir, ein Urteil über den aktuellen und historischen Stand des Klassenkampfes zu treffen.

(Zwei Beispiele: es ist sehr schwierig, die drohende Kriegsgefahr genau einzuschätzen, es ist sehr schwer, die Lage im Nahen Osten richtig zu beurteilen – dabei vor allem die Frage, was die Strategie des größten und wichtigsten Gegners, des US-Imperialismus ist, und natürlich, was die des für uns besonders wichtigen Gegners, des deutschen Imperialismus ist. Ein anderes Beispiel: Sehr schwer ist es, die Strategie der deutschen Konzerne seit 2008/09 richtig zu beurteilen, die – vorläufig gesagt – daraus hinausläuft, die Arbeiterklasse zu schwächen, zu spalten und ein „Bündnis für den Industriestandort Deutschland“ zu schließen.)

IV a. Die Wahrheit ist allerdings konkret. Auch die Lügen der imperialistischen Propagandainstrumente sind konkrete Lügen. Auch sie handeln vorwiegend von einzelnen Ereignissen und einzelnen Personen. Das Gute an einer Zeitung – im Gegensatz zu dicken Büchern - ist, dass sie den Imperialismus nicht am gan-

zen Stück präsentiert, sondern in Einzelereignissen oder besonderen Zusammenhängen. Aber natürlich auch in den Einzelteilen ist es die Hauptschwierigkeit, die Wahrheit zu erkennen. Zu sehen, zu hören und zu erkennen, wer, wann, was, warum gemacht hat, das ist die Aufgabe des Zeitungsschreibers. Dann gilt es, dieses Ereignis einzuordnen im Interessengeflecht der Beteiligten und der Opfer eines solchen Ereignisses. Beides zusammen ist die hohe Kunst des UZ-Journalismus. Und es bedeutet auch, dass die Kunst nicht allein darin besteht, ein Ereignis als einen typischen Fall – zum Beispiel von Ausbeutung - einzuordnen, sondern sie besteht darin, neben dem Typischen (der Ausbeutung) auch das Besondere – etwa einen besonders krassen Fall der Leiharbeit - darzustellen.

An dieser Stelle sind eigentlich nicht nur Sätze sondern ein ganzes Kapitel fällig, das sich der Frage widmet, wie die Wahrheit so dargestellt wird, dass sie verstanden werden kann. Jeder Schreibende und jeder Redakteur, der Artikel zusammenstellt und aufbereitet, muss dieser Frage viel Gehirnschmalz widmen. Hier soll ein Hinweis genügen. Die wichtigste Bedingung dafür, über ein Ereignis verständlich berichten zu können, besteht darin, das Ereignis verstanden zu haben.

V. Die Partei ist eine handelnde Partei. Und gerade unter diesem Gesichtspunkt gilt: Die UZ ist ein inneres und äußeres Wahrnehmungsorgan der Partei. In der UZ steht nicht nur, wie die Welt (der Imperialismus) ist und sich verändert. In der UZ steht auch, was die Glieder der Partei tun, was sie beabsichtigen und wie weit ihr Handeln Wirkung zeigt. Wie wir Materialisten wissen, entsteht Erkenntnis aus dem eigenen Handeln und dem Widerstand, den die Welt dem eigenen Handeln entgegensetzt.

VI. In diesem Sinne führt das bewusste Handeln der Partei zur Entwicklung einer Strategie. Das heißt, die Strategie ist nicht fertig vorhanden als von den Ahnen als Tradition überliefert. Sie muss vielmehr – aus den Überlieferungen (den wissenschaftlichen Erkenntnissen) der Alten, und – aus unseren eigenen Erfahrungen entwickelt werden.

Einschub über das Fehlen einer Strategie:

1. Wir verfügen über wichtige Elemente einer Strategie: Zu nennen ist: Das

gesellschaftliche Ziel des Sozialismus; dieses Ziel ist zu erreichen, in dem wir die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gegen das Monopolkapital in Stellung bringen; im Kampf der antimonopolistischen Demokratie soll die Revolution der Verhältnisse und die Öffnung zum Sozialismus erreicht werden.

2. Aber es fehlt die Beschreibung oder Analyse der Ausgangslage, die Bestimmung unseres aktuellen historischen Ortes. Wichtige Elemente wären eine Einschätzung der „goldenen Periode“ des Kapitalismus (1945 bis 75) und der großen (vorläufigen) Niederlage der internationalen Arbeiterklasse in der Konterrevolution von 1989-91 und dem Untergang des Sozialismus in Europa, sowie den vielen Niederlagen der Arbeiterklasse im Klassenkampf innerhalb der imperialistischen Länder.

3. Es fehlt demzufolge auch eine Handlungsanleitung, wie wir von der Periode der Niederlagen in einen Zustand kommen, um den Kampf um Reformen, die in Richtung Revolution weisen, überhaupt führen zu können.

4. Krasser formuliert: Die sich zuspitzende Krise des Imperialismus droht in die Katastrophe des großen Krieges und in die Zerstörung des bewohnbaren Planeten zu führen. Was außer der Antwort „sich wehren“ haben wir strategisch drauf? Ich wiederhole: Die UZ ist bei der Entwicklung der Strategie das wichtigste Wahrnehmungsorgan. Sie ist nicht das Verkündungsorgan, und sie entwickelt nicht die Strategie. Das macht vielmehr die ganze handelnde Partei. Wahrnehmungsorgan ist nicht gleichbedeutend mit „theoretisches Organ“ der Partei. Vielleicht brauchen wir eins? (Die „Marxistischen Blätter“ sind es erklärtermaßen nicht.) In der UZ gibt es auch Debatten über die richtige Strategie. Aber die Wahrnehmung steht bei der Zeitung im Vordergrund – also die ganz gemeine, aus Erfahrung gespeiste Information.

VII. Um ein effizientes Wahrnehmungsorgan sein zu können, braucht die UZ viele Nervenenden. Sie kann nur dann in diesem Sinn Zeitung der Partei sein oder werden, wenn die Genossinnen und Genossen (und auch Nicht-Genossen) in hellen Scharen zu Autoren (und Fotografen) werden.

Mit dem Schreiben ist es ähnlich wie mit dem Singen. Alle können es - ganz unterschiedlich

gut. Beide Fertigkeiten werden früh erlernt. Das Singen früher als das Schreiben. Aber beides wird auch ganz oft verlernt. Beides können viele viel besser, als sie es selber wissen. Kurz, man muss es probieren.

Die UZ funktioniert weitgehend schon so. Wir haben viele Arbeiterkorrespondenten unter den Genossinnen und Genossen und den Leserinnen und Lesern. Aber es ist bei weitem nicht genug. Wir brauchen regelmäßige Autoren und wir brauchen auch die gelegentlichen Schreiber.

Das A und O an der Sache ist, dass die Kommunikation funktioniert. Es ist eine Frage der Kommunikation und der Organisation. Und wir als Redaktion sind uns dieser Mängel bewusst. Eigentlich müsste jeder, der etwas zu sagen hat, ganz schnell den Kontakt zum zuständigen Redakteur haben. Und er sollte schnell erfahren, bis wann er einen Beitrag in welcher Länge und mit welchen Schwerpunkten liefern kann. Auch sollte jeder schnell erfahren, wenn wir seinen Beitrag, aus welchen Gründen auch immer, nicht in die Zeitung nehmen wollen.

Ich weiß, dass wir von diesem Zustand noch weit entfernt sind. Wir haben als Entschuldigung dafür anzuführen, dass die Redaktion klein ist. Dazu sind wir fast alle nur in der ersten Wochenhälfte in Essen. Wir haben deshalb als ersten Schritt anlässlich der Umorganisati-

on in den Themenbereichen, die wir betreuen, diese Verantwortlichkeiten im Impressum der Zeitung genannt und dazu die E-Mail-Adressen der Redakteure. Die Umorganisation war nötig, weil Nina Hager mit ihrem Ausscheiden als Chefredakteurin ins heimatliche Berlin gezogen ist.

Zur Erinnerung, die Arbeitsverteilung sieht wie folgt aus:

Politik Inland: Olaf Matthes und (in Berlin) Nina Hager

Wirtschaft und Soziales: Werner Sarbok und Lucas Zeise

Internationales: Lars Mörking

Kultur: Manfred Idler

Fotos: Thomas Brenner

VIII. Abschließende Bemerkung: Wenn die UZ im oben beschriebenen Sinne Wahrnehmungsorgan der ganzen Partei ist oder wird, werden die Leser das in der Zeitung finden, was sie suchen: die Wahrheit über den aktuellen Imperialismus und die aktuellen Klassenkämpfe. Wir werden dann die Leser finden, die wir haben wollen. Ich bin davon überzeugt, dass es deutlich mehr als heute sein werden.

(Siehe als Ergänzung unter weitere Materialien: Zehn Empfehlungen für eine erfolgreiche Arbeit mit der UZ des Compress-Verlages)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Auswertung UZ-Pressesfest

Einleitung zum Tagesordnungspunkt Auswertung des 19. UZ-Pressesfest

Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP

(In Auszügen vorgetragen, da Gen. Richter verhindert war)

Dem Parteivorstand liegt eine schriftliche Vorlage des Sekretariates als Diskussionsgrundlage zur Auswertung unseres 19. UZ-Pressesfestes vor. Obwohl seitenlang, ist sie an vielen Stellen verkürzt, und hat hier und da für Unmut gesorgt, weil nicht alle Bereiche und Mühen angemessen gewürdigt sind. Das trifft für die Kunst- und Literaturhalle, wo mit „in diesem Jahr kein Anziehungspunkt“ eine sehr verkürzte Kritik geäußert wird, die nicht berücksichtigt, dass die Kunsthalle einerseits von neuen Genossen betreut und organisiert wurde, die noch dazu eine positivere Einschätzung haben, und wir andererseits das Buchangebot eingeschränkt hatten, um mehr Einnahmen auf unserer Seite zu haben. Das trifft aber auch auf die Casa Cuba zu, die unter ferneliefen auftaucht, oder das Filmzelt, das nicht nur die EM-Übertragung zu bieten hatte. Sicher hätte auch die SDAJ Grund zur Kritik, weil ihr Beitrag auf die Hilfe beim Abbau reduziert wird, oder die Genossinnen, die die Helferpflege und Organisation der Kleinstände großartig hinbekommen haben. An dieser Stelle also eine Entschuldigung, dass die Auswertung all das nicht ausreichend würdigt.

Das Unkonkrete liegt zum großen Teil daran, dass es noch keine kollektive Auswertung mit den Verantwortlichen und auch nicht mit den Bezirken gegeben hat. Wir wollen das im Oktober im Rahmen der Helferparty und im November im Rahmen einer Beratung mit den Bezirken tun. Eine weitere Beratung zur Auswertung insbesondere des Kulturprogramms ist mit denen, die am Kulturprogramm mitgewirkt und es mit organisiert haben, am LL-Wochenende geplant. Verabredet ist außerdem ein Gespräch mit den Freunden von Grup Yorum. Wir alle waren enttäuscht, dass mit der Gruppe nicht auch ihre linke Fangemeinde auf unser Fest kam. Sicher werden auf dieser PV-Tagung weitere Aspekte einfließen.

Wir haben das Fest insgesamt positiv und als großen Erfolg ausgewertet. In der schriftlichen Auswertung sind die Zielstellungen noch ein-

mal aufgeführt, die wir aus unserer Sicht vor allem politisch erfüllt haben. Ich will positiv hervorheben:

Es ist uns gelungen, tatsächlich ein Fest des Friedens und der Solidarität, ein Fest des Antifaschismus zu feiern. Das Motto hat sich im Programm, der Beteiligung, aber auch in der Werbung deutlich wiedergespiegelt. Mit Vertretern von 39 Kommunistischen Parteien, dem internationalen Club und der Casa Cuba haben wir auch internationale Solidarität gelebt.

Die Stimmung und Solidarität auf dem Platz. Das war eine der häufigsten Rückmeldungen von Besuchern, Gästen und Bündnispartnern. Sie hat sich auch in vielen Spenden noch nach dem Fest ausgedrückt. Trotz witterungsbedingten Schwierigkeiten bei Auf- und Abbau und der Durchführung des Festes traf das auch für den gesamten Helferbereich inklusive der Sicherheit zu. Auch Künstlerinnen und Künstler und Referenten haben das häufig hervorgehoben. Diese Stimmung hat auch die Zusammenarbeit mit den Bezirken und Bündnispartnern, der jungen Welt und der Linkspartei, bestimmt. Die GRH, die ein gemeinsames Zelt mit dem DDR-Kabinett am See gestaltet hatte, gab ein Sonderheft ihres Mitteilungsblattes mit durchweg positiven Beiträgen zum Pressesfest heraus.

Die Vorbereitung der Bezirksbeiträge war sehr gut und das Bemühen auch die zentralen Aufgaben mit umzusetzen sehr solidarisch. Das betrifft insbesondere den Sicherheitsbereich, wo gegenüber 2014 noch einmal zuverlässiger und jünger gemeldet wurde.

Jünger erschien uns das Fest auch insgesamt. Das können wir nicht mit Zahlen belegen, aber war doch eine oft gehörte Auswertung, dass mehr Jugend das Bild bestimmt hat.

Fortschritte haben wir im inhaltlichen und kulturellen Programm und der Werbung gemacht. Im inhaltlichen Programm ist es vor allem ge-

lungen, nötige Diskussionen aufzugreifen und mit Bündnispartner zu diskutieren und die Positionen der DKP zu formulieren. Das haben wir im zentralen Programm u.a. an den Fragen „Wie stoppen wir die AfD und wie weiter mit der Friedensbewegung?“ getan, aber auch durch die Teilnahme vor allem von Patrik in vielen Beiträgen unserer Freunde und Gäste, bei der SDAJ, im Antifa-Zelt, bei der Linkspartei und im jW-Zelt. Lucas hat unter anderem im Zelt der GRH und des DDR-Kabinetts diskutiert. Positiv waren auch die Branchentreffen, zumindest das zur Gesundheitspolitik.

Im Kulturbereich hatten wir mit Chor und Orchester, Antikriegsmeeting und Kleinkunstbühne an der Kogge neue Formen und Formate, mit Fredrik Vahle das Kinderfest aufgewertet und vor allem mit Grup Yorum den Versuch gemacht, die migrantische Linke stärker zu gewinnen und einzubeziehen.

In der Werbung waren Pluspunkte ein neues und jüngeres Corporate Design und das Programmheft, das für seine Unübersichtlichkeit kritisiert wurde, aber frühzeitig gedruckt und in hoher Auflage unter das Volk gebracht wurde. Noch früher stand das Programm auf unserer Pressefestseite, deren Konzeption wegen technischer Probleme zwar nicht bis zum Ende gebracht werden konnte, aber doch deutlich besser als ihr Vorgänger war. Zudem gab es erstmals einen zentralen Facebook-Auftritt.

Fortschritte sehen wir in der Organisation – auch wenn in der schriftlichen Vorlage hier eher Probleme angesprochen werden. Ich will hervorheben die Bauabnahme, die das erste Mal und ohne große Probleme ein Genosse aus Hamburg gemacht hat und die mit Bravour überstandene Hygieneabnahme. Ich will hervorheben die Zusammenarbeit von Uli, Klaus und mir und noch einmal betonen: Ohne Uli, seine Kontakte, sein Wissen funktioniert es nicht.

Positiv gewertet haben wir die Verlängerung am Sonntag – auch wenn sie im wahrsten Sinn des Wortes ins Wasser gefallen ist. Wir haben aber gemerkt, dass das zu schaffen ist und sich lohnen kann.

Wir haben aber auch Kritik formuliert und über die sollten wir uns hier wohl in erster Linie verständigen:

Ja, wir hatten ein qualitativ gutes Programm, aber es war erneut viel zu viel und viel zu voll. Vielleicht sogar voller als 2014. Das ist vielfach

kritisiert worden. In der Auswertung in der UZ-Redaktion sagte Manfred Idler, das Programm wuchert und wuchert. Da hat er Recht. Wir hatten selbst Freitag und Sonntag nachmittag wo man hinsah Parallelprogramme. Wichtige zentrale Programmpunkte waren nur noch schwer erkennbar bzw. zu finden. Diese Kritik haben wir bereits 2014 geäußert und wir müssen da ran. Natürlich hat das Wuchern Gründe – viele KünstlerInnen wollen bei uns auftreten und am besten gleich mehrfach. Es ist uns und mir schwergefallen Nein zu sagen. Auch die Bezirke und Bündnispartner wollen keine leeren Zelte, sondern ein volles Programm. Wobei wir zum Teil aus der zentrale das Programm gefüllt haben, um alle unter zu kriegen. Das Programm muss auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden um zu wirken. Darin sehen wir eine wichtige Aufgabe bei den Planungen eines 20. UZ-Fest.

Nicht zufrieden sind wir mit der Gestaltung des Hauptplatzes und der Platzierung der Hauptbühne. Bei beidem hat vor allem das Wetter reingespielt. Die Zelte und Bühne ließen sich nicht so stellen wie wir es geplant hatten. Grundsätzlich müssen wir über die Hauptbühne nachdenken. Sie hat dieses Mal mehrere andere Beiträge (Kleinkunst an der Kogge, Casa Cuba, Niedersachsen und die Linkspartei) beeinträchtigt und war optisch überdimensioniert. Erneut waren wir nicht in der Lage den Platz vor der Hauptbühne auszufüllen – das hatte nicht nur mit dem Wetter zu tun. Es steht die Frage, ob die Größe der Bezirksbühnen nicht ausreichend ist. Eine weitere Überlegung ist, ein Großzelt für zentrale Veranstaltungen zu haben, um auch wetterfester zu sein. Das ist in erster Linie eine Kostenfrage.

Wir hatten Probleme mit der Kommunikation im Vorfeld, auf dem Platz und in der Nachbereitung. So war es zwar gelungen, dass es neben dem Antikriegsmeeting auf der Hauptbühne kein Parallelprogramm gab, das hat aber nicht dazu geführt, dass die Bezirke mit Ausnahme des Ostbeitrags zur Hauptbühne mobilisiert haben. Zwar funktionierte dieses Mal die Sprechanlage, aber sie wurde bis auf Durchsagen wegen falsch parkender Autos nicht genutzt. Sehr ärgerlich war eine falsche Nummer der zentralen Sicherheit auf der Telefonliste, die während des Festes nicht korrigiert wurde. Das darf nicht passieren und kann auch schief gehen. Im Nachklapp ist es uns nicht gelungen, verlässliche Zahlen über Neuaufnahmen, geworbene UZ-Abonnenten und Soja-Mitglieder zusammenzutragen.

Wir haben das Fest zu wenig genutzt um für unsere Partei und unsere Zeitung, die UZ, zu werben. Hier waren wir 2014 besser aufgestellt, dieses Mal fehlten die Kräfte. In der Ausgestaltung war zu wenig DKP zu sehen, vor allem auf dem Hauptplatz nahm man eher die Linke und das ND wahr. Für Agitation und Buttonverkauf gab es nicht genügend HelferInnen und die zentralen Infopunkte waren nicht genügend kenntlich gemacht. Das trifft auch auf das Café K und den gegenüberliegenden zentralen Werbestand zu. Über die Konzeption des Café K auf dem Pressefest müssen wir weiter nachdenken. Es hatte ein tolles Programm und mit den Genossen aus Nordbayern eine tolle Betreuung, aber war zu klein. Zumal wir es mit dem internationalen Club zusammengelegt haben, was an sich eine gute Idee war. Aber dazu braucht es erst Recht mehr Platz.

Die UZ-Redaktion hat das Fest und das Café K nicht als ihres angesehen. Hier haben wir Fehler in der Vorbereitung gemacht. Für einen Teil der Redaktion und vor allem den Chefredakteur war es das erste Fest in dieser Funktion. Wir haben die Genossen nicht genügend eingebunden. In diesem Zusammenhang müssen wir auch selbstkritisch sagen, dass wir einen würdigen Dank an Nina auf dem Fest nicht ausgesprochen haben.

Eine Diskussion, die wir bereits in den letzten Jahren hatten, kann nicht fort sein. Wir haben zu wenig neue und jüngere GenossInnen, die zentral und in den Bezirken in die Aufgaben der Pressefestorganisation und Umsetzung hineingewachsen sind. Das betrifft Facharbeiter wie Elektriker, Klempner, Staplerfahrer, aber auch normale Auf- und Abbauhelfer. Auf dieses Problem haben die Nordlichter in ihrer Auswertung erneut aufmerksam gemacht, aber wir haben es auch deutlich in der Zentrale gespürt.

Wir haben im Vorfeld Kritik am Dorf des Widerstandes geübt, das Bestandteil des Festes war und in die Gesamtstruktur eingebunden war. Wir müssen dennoch an unserer Kritik festhalten. Ein Beitrag von Bezirken sieht anders aus und mit den Karikaturen und dem Heranziehen von HelferInnen aus dem Bundesgebiet wurde der Bogen überspannt.

Auf dem Tisch liegt auch noch eine Kritik in Form eines Offenen Briefes des DDR-Kabinetts. Wir hatten die Freunde und Genossen gebeten, auf einen Auftritt von Dagmar Henn, gegen die ein Schiedsverfahren läuft, zu verzichten. Das taten sie auch zunächst einvernehmlich. Wir werden uns nun mit den Genossen treffen und halten auch hier daran fest, dass unsere Bitte eine richtige war.

Wie weiter?

Nach der heutigen Auswertung wird es wie eingangs beschrieben weiter geben. Aus unserer Sicht ist es ziemlich klar, dass es ein 20. UZ-Fest geben soll und wird. Der Revierpark ist für dieses zweite September-Wochenende in zwei Jahren für uns geblockt. Bereits nach dem 18. UZ-Fest war gefordert und beschlossen worden, die Gesamtkonzeption des Festes zu prüfen. Hier geht es aus meiner Sicht vor allem um das Programm. Wir haben diesen Beschluss vor allem aus Zeitmangel – wir hätten parallel an einer Neukonzeption und an der Umsetzung der alten Konzeption arbeiten müssen – nicht umgesetzt. Wir wollen aber nun und in Vorbereitung des 20. Festes damit beginnen.

(Siehe unter Weitere Materialien: Auswertung des Sekretariates als Diskussionsgrundlage)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Beschlüsse

Zur Umsetzung des Beschlusses des 21. Parteitags der DKP „Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“

Mit der Veröffentlichung der sogenannten „Thesen des Sekretariats“ im Vorfeld des 19. Parteitags der DKP 2010 wurden gärende inhaltliche Debatten für viele nachvollziehbar. Sie drehen sich zum Beispiel um Fragen wie:

- Einschätzung der Situation und Entwicklung des Imperialismus, weltweit in der EU und in Deutschland.
- Wege zum Sozialismus, zum revolutionären Subjekt, zur Dialektik von Reform und Revolution, zur Arbeiterklasse und deren Entwicklung.
- Rolle und Aufgabe der Kommunistischen Partei.
- Notwendigkeit des Bruchs mit kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen.

Dabei wurde auch die offene Gefahr des Abgleitens in den Reformismus deutlich. Zum Beispiel wurde in den „Thesen“ der Begriff Imperialismus weitgehend ersetzt durch „Neoliberalismus“ oder „globaler Kapitalismus“, wurde die Kommunistische Partei zu einem „Moderator“ von Bewegungen und Allianzen gemacht und wurde der Sozialismus als „das gemeinsame Projekt von gleichberechtigten unterschiedlichen sozialen und weltanschaulichen im weitesten Sinne emanzipatorischen Kräften“ bezeichnet.

Wenn wir heute erleben, dass VertreterInnen dieser Strömung unserer griechischen Schwesterpartei KKE die Solidarität verweigern und stattdessen offen die Repräsentanten des Sozialabbaus in Griechenland Syriza unterstützen, wird auch hier deutlich: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Verteidigung unserer Existenz als Kommunistische Partei, also als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse.

Wir wollen diese Diskussionen weiterführen und schlagen vor, dass wir sie im Vorfeld des 22. Parteitags auf die Frage konzentrieren, warum die antimonopolistische Strategie als revolutionäre Strategie der DKP richtig ist und wie wir sie unter den heutigen Bedingungen konkretisieren und in die Praxis umsetzen können.

*

Die Befürworter der „Thesen“ antworteten damals auf den Vorhalt, dass dieses Dokument in einem Widerspruch zum Programm der DKP stehe, mit dem Argument, dass sich die Programmatik einer Kommunistischen Partei durch die Weiterentwicklung der Analyse einer sich verändernden Realität auch weiterentwickeln müsse. Im Gegensatz zur damaligen Aussage werfen sie heute, sich „Programmströmung“ nennend, dennoch allen, die inhaltlich im Widerspruch zu ihnen sind, vor, nicht auf dem Boden des Programms zu stehen. Das, obwohl sie gemeinsam mit uns wissen, dass zum Beispiel die Entwicklung der EU im Verhältnis zu 2006 deutlicher gemacht hat, dass es sich um ein imperialistisches Konstrukt handelt, das überwunden werden muss. Der revolutionäre Charakter unseres Parteiprogramms hat sich seitdem mehrfach als richtig erwiesen.

*

Wir müssen feststellen: Die Strömung, die sich um die Inhalte der Thesen versammelt hat, entfernt sich von Programm, Statut, Grundsätzen marxistischer Politik und lehnt die Ergebnisse der vergangenen beiden Parteitage ab, sie kündigt das gemeinsame Handeln auf. Beispiele sind

- Eigene Demoblöcke mit Fahnen der Europäischen Linken zum Beispiel bei der Blockupy- und der TTIP-Demo
- Gegenveranstaltungen zur Luxemburg-Liebkecht-Veranstaltung der Partei

Mit der „marxistischen linken“, dem der DKP gestohlenen Nachrichtenportal „kommunisten.de“, Treffen zu denen nicht parteiöffentlich eingeladen wurde, eigener internationaler Arbeit und schließlich der Gründung des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ hat sich die Strömung eigene Strukturen

geschaffen. Dabei wird der Grundsatz „offen diskutieren, gemeinsam handeln“ immer weiter außer Kraft gesetzt.

Der Parteivorstand hat sich in der vergangenen Periode mehrfach mit diesem Problem befasst und die Genossinnen und Genossen aufgefordert, dies zu unterlassen. Dabei standen wir immer für die inhaltliche Debatte, zum Beispiel mit den theoretischen Konferenzen. Eine Ausgrenzung fand nicht statt. Der 21. Parteitag hat diese Herangehensweise zum Beschluss erhoben, er „fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu handeln.“

Die Genossinnen und Genossen, die das Netzwerk organisieren, haben die Beschlüsse des 21. Parteitags ignoriert und bewusst gegen sie gehandelt:

a) Sie haben den „Offenen Brief“ des Netzwerks formuliert, darunter Unterschriften gesammelt. Im „offenen Brief“ findet sich das Statut nicht (mehr) als Grundlage der Arbeit des Netzwerks, die wesentlichen Ergebnisse des 21. Parteitags werden diffamiert und abgelehnt, den vergangenen beiden Parteitagen der DKP wird unterstellt, dass sie „für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs“ stünden.

b) Der Bezirksvorstand Südbayern hat beschlossen, den Parteitagsbeschluss zur Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen 2017 nicht umzusetzen.

c) Im sogenannten „Dorf des Widerstands“ beim UZ-Pressesfest gab es ein Wandzeitungsprojekt mit Karikaturen, die Beschlüsse des Parteitags mit teils antikommunistischen Klischees verunglimpften, bei Kommunisten politische Gemeinsamkeit mit Faschisten und Esoterikern behaupteten und die Pressesfestbesucher aufforderten, dies zu kommentieren.

Der 21. Parteitag hat den Parteivorstand aufgefordert, die Situation in der Partei zu analysieren und Maßnahmen einzuleiten, um weiteren Schaden abzuwenden. Aus unserer Sicht ist die Fraktionsbildung abgeschlossen.

Das Statut unserer Partei ist dazu eindeutig: „Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, dass ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke der Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP die breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion.“ „Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.“

Dabei sehen wir durchaus Unterschiede bei den handelnden Personen. Aber wir sehen die Partei und ihre Entwicklung durch die Fraktionstätigkeit und durch das Aufkündigen des gemeinsamen Handelns tatsächlich gefährdet. Daher sehen wir uns gezwungen zu handeln.

Die Bildung eigener Strukturen in Kombination mit dem Aufkündigen des gemeinsamen Handelns kann nicht hingenommen werden. Offensichtlich lässt sich das auch nicht mehr durch inhaltliche Diskussionen überwinden.

Wir sind der Meinung, dass ein Teil der Parteiopposition den Boden der Gemeinsamkeit verlassen hat. Wenn gemeinsames Handeln aufgekündigt wird, dann droht die Zerstörung der Partei. Dann muss die Partei auch organisationspolitisch reagieren. Wir rufen die Partei auf dies zu diskutieren. Wir werden der 6. Tagung des Parteivorstands im November entsprechende Vorschläge unterbreiten, um weiteren Schaden von der DKP abzuwenden.

(angenommen bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Karikaturen im Dorf des Widerstands

Der Parteivorstand weist die Karikaturen, die im „Dorf des Widerstands“ auf dem Pressefest ausgestellt wurden, als diffamierend, ehrabschneidend und bürgerlich-antikommunistisch zurück.

(angenommen bei 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

(Karikaturen unter weitere Materialien)

Daten und Themen der PV-Tagungen 2017

6. Parteivorstands-Tagung, 19./20. November 2016: Marxistische Theorie & Bildung (bereits beschlossen)

Konzeption Bundestagswahl (bereits beschlossen)

Parteientwicklung (Umsetzung Initiativantrag an den 21. Parteitag)

7. Tagung, 28./29. Januar 2017

Entwicklung der EU (bereits beschlossen)

B&G: Gesundheitswesen/Personalbemessung

Organisationspolitik/Ostkoordination

8. Tagung, 25./26. März 2017

Konzeption/Ausrichtung 22. Parteitag

Wohnungspolitisches Programm

9. Tagung, 17./18. Juni 2017

Öffentlichkeitsarbeit/Internetauftritte

Gliederung Hauptanträge 22. Parteitag

Konzeption 20. UZ-Pressefest

10. Tagung, 8./9. September 2017

Internationales

Beschluss Hauptanträge 22. Parteitag

11. Tagung, 25./26. November 2017

Organisationspolitik in Auswertung BTW

Personalvorschlag 22. Parteitag

*

12. Tagung/Januar 2018

22. Parteitag: Februar/März 2018

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Jugendpolitischer Ratschlag SDAJ & DKP

1. Ausgangslage

Auf dem 21. Parteitag der DKP haben wir neben einem inhaltlichen Schwerpunkt im Bereich Antimilitarismus auch die Durchführung eines jugendpolitischen Ratschlags des DKP Parteivorstands gemeinsam mit der SDAJ beschlossen. Inhaltlich sollte es in erster Linie um die antimilitaristische Kampagne der SDAJ und Unterstützungsmöglichkeiten gehen. Auf Grund der späten Gründung der Jugendkommission ist ein Ratschlag erst zu einem späteren Zeitpunkt der SDAJ Kampagne denkbar.

Der letzte gemeinsame jugendpolitische Ratschlag von SDAJ & DKP fand zum Anlass der SDAJ-Kampagne für ein Ausbildungsgesetz statt. Schwächen des letzten Ratschlags waren v.a. wenige konkrete Ergebnisse und eher allgemeine Debatten die wenig an der gemeinsamen Praxis orientiert waren. Auch der Teilnehmerkreis stellte keinen zufriedenstellenden Querschnitt aus DKP und SDAJ dar. Insbesondere in der DKP müssen wir die Mobbildung dieses Mal ernster nehmen. Auf dem hier vorgeschlagenen Ratschlag sollte entsprechend die konkrete gemeinsame Arbeit im Fokus stehen. Dafür ist es auch entscheidend, dass es noch stärker gelingt Praxiserfahrungen zu verallgemeinern und gegenseitig nutzbar zu machen. Besonders wichtig ist, dass die Leitungen von SDAJ und DKP (insbesondere für die jeweiligen Workshops) im Vorfeld noch klarere Zielvorgaben konzipieren, damit die Workshopergebnisse weniger zufällig sind.

2. Inhaltlicher Schwerpunkt

Der Ratschlag setzt einen Schwerpunkt auf die antimilitaristische Kampagne der SDAJ und der Diskussion um aktuelle Aufgaben der SDAJ und DKP in der Friedensbewegung. Da der Ratschlag zu einem relativ späten Zeitpunkt der SDAJ-Kampagne stattfindet geht es bereits um eine erste Auswertung ihrer Erfahrungen. Gleichzeitig sollen ausgewählte Aktivitäten der DKP-Gliederungen (bspw. Büchel, Antimil Kampagne der DKP BaWü) vorgestellt und bewertet werden. Der Austausch soll dazu dienen unsere Analysen im Bereich Antimilitarismus anzugleichen und zu schärfen, Aktionsinstrumente ausfindig zu machen die wir gemeinsam nutzen können und die sich als besonders erfolgreich herausgestellt haben, sowie die Zusammenarbeit von SDAJ und DKP allgemein stärken.

3. Organisatorischer Rahmen

Am 8. Oktober findet eine bundesweite Friedensdemo in Berlin statt. Da zu diesem Anlass so oder so viele SDAJler und DKPler nach Berlin reisen bietet es sich an den Ratschlag noch am gleichen Wochenende durchzuführen. Gleichzeitig bietet der Termin ausreichend Vorlauf zur Vorbereitung und liegt im Kampagnenzeitraum der SDAJ. Für den Ratschlag müssen Übernachtungsmöglichkeiten, ein Tagungsraum und Verpflegung organisiert werden.

4. Zielgruppe

Zielstellung ist, dass ein Querschnitt aus SDAJ und DKP am jugendpolitischen Ratschlag teilnimmt. Der Fokus liegt dabei auf den Leitungsstrukturen, insbesondere bundesweit (PV & BuVo), sowie landesweit (Bezirke & LVen). Die Mitglieder der Jugendkommission, jugendpolitische Verantwortliche der DKP, sowie GenossInnen die schwerpunktmäßig zu antimilitaristischen Fragen aktiv sind, sind im besonderen Maße angehalten teilzunehmen. Insgesamt orientieren wir auf eine Teilnahme von ca. 50 Genossinnen und Genossen.

5. Zeitlicher Ablauf

Samstag

12:00 – 15:00 Friedensdemo (zieht sich die Demo etwas länger verschiebt sich das Programm entsprechend)

17:00 – 17:15 Begrüßung & Einführung Ratschlag

17:15 – 18:00 Kurzreferat & Diskussion „Unsere Aufgaben in der Friedensbewegung“

18:00 – 18:45 Kurzreferat & Diskussion „Erfahrungen aus der Stop Wars Kampagne“

Sonntag

09:00 – 09:15 Workshops vorstellen

09:15 – 11:15 Workshopphase

11:15 – 11:30 Bezirks-/LV-Treffen

11:30 – 12:00 Vorstellen der Workshopergebnisse

12:00 – 12:15 Schlusswort

12:15 – 13:00 Mittagessen

6. Einzelbestandteile

6.1 Begrüßung und Einführung

Zu Beginn soll der Ratschlag kurz eingeordnet werden, sowohl allgemeinpolitisch, wie konkret in der Zusammenarbeit zwischen SDAJ & DKP. Zielstellungen für das Treffen werden benannt und klar gemacht weshalb der Austausch zwischen Partei und Jugendverband hier notwendig ist. Gleichzeitig wird hier der Ablauf des Wochenendes vorgestellt.

Verantwortlich: Paul

6.2 Referat „Unsere Aufgaben in der Friedensbewegung“

Ausgehend von der beschlossenen antimilitaristischen Orientierung des 21. Parteitags und den aktuellen Herausforderungen der Friedensbewegung (Zuspitzung zwischen imperialistischer Widersprüche, gesteigerte Kriegsgefahr in Europa, neue Friedensbewegung, neuer deutscher Weltmachtanspruch, etc.) soll im Referat hergeleitet werden was die dringendsten Aufgaben von KommunistInnen sind um die Friedenskräfte zu stärken und welche Forderungen wir angesichts aktueller Entwicklungen in den Vordergrund stellen müssen. Dabei sollen auch jüngste Aktivitäten der Partei (bspw. Büchel) und eine Bewertung der Friedensdemo am gleichen Tag eine Rolle spielen.

Um den Referaten am Samstagabend besser folgen können sollten sie nach Möglichkeit gedruckt vorliegen.

Referent: Björn Schmidt

6.3 Referat „Erfahrungen aus der Stop Wars Kampagne“

Die SDAJ legt dar welche Erfahrungen sie im Zuge ihrer Kampagne gegen Kriegstreiber gesammelt hat. Insbesondere sollen die Aktionsinstrumente Outings, Unterschriftensammlung für Aufruf, Antikriegsfotos, offene Treffen und Störaktionen bewertet werden. Besonderer Fokus liegt darauf zu bewerten wie es mit den Instrumenten gelingt Jugendliche gegen die Kriegspolitik in Bewegung zu bringen, antimilitaristisches Bewusstsein zu schaffen und in wie weit SDAJ und DKP künftig einzelne Mittel stärker gemeinsam nutzen könnten.

Um den Referaten am Samstagabend besser folgen können sollten sie nach Möglichkeit gedruckt vorliegen. Das SDAJ-Referat soll möglichst auch durch Zeigen von Bildern einen Einblick in die SDAJ Aktionstätigkeit geben.

Referent: Jann oder Kerem (SDAJ)

6.4 Workshops

6.4.1 Sofortprogramm & Outings von Kriegstreibern/Superreichen

Die stattgefundenen und geplanten Outings der SDAJ werden hier noch mal etwas genauer vorgestellt. Im PV der DKP wurde angedacht, dass Outings von Kriegstreibern und Superreichen sich auch zur Agitation mit dem Sofortprogramm eignen könnten (hier liegt das Geld das uns fehlt). Basierend auf den Erfahrungen der SDAJ mit Outings von Kriegstreibern, der DKP-Gliederungen in der Arbeit mit dem Sofortprogramm und der DKP Baden-Württemberg mit ihrer Fluchtverursacher Kampagne soll im Workshop diskutiert werden in wie weit das Aktionsinstrument der Outings auch im Vorfeld der Bundestagswahlen gemeinsam genutzt werden könnte. Damit zusammenhängend soll auch diskutiert werden welche Rolle das Sofortprogramm der DKP in der Kampagne der SDAJ spielen kann und welche weiteren Möglichkeiten es gibt um mit dem Sofortprogramm, bzw. zu deren Kerninhalten, aktiv zu werden.

Leitung: Anne (SDAJ) & Patrik Köbele

6.4.2 Agitation & Propaganda vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“

Der Workshop beschäftigt sich mit der Frage vor welchen Herausforderungen unsere AgitProp-Arbeit in Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung steht. Dazu gehört einerseits die Frage wie Ursachen von Flucht (insbesondere Krieg als Fluchtursache Nummer Eins) stärker thematisiert werden können. Andererseits soll diskutiert werden wie wir in die Diskussion der „Integration der Flüchtlinge“ eingreifen müssen, d.h. insbesondere welche Anforderungen sich für soziale Kämpfe ergeben (Wohnraumversorgung, Löhne, etc.). Der Workshop soll so eine Orientierung entwickeln die bspw. auch in antifaschistischen Bündnissen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ Richtschnur sein kann.

Leitung: Sebastian (SDAJ) & Männe Größ

6.4.3 Antimilitarismus im Betrieb – Gewerkschaft & Friedensbewegung

Vereinzelte sind in jüngerer Zeit wieder positive Tendenzen in antimilitaristischen Fragen aus Gewerkschaftskreisen zu vernehmen. In Bochum haben sich die Gewerkschafter für den Frieden gegründet, in Stuttgart artikuliert die IG-Metall öffentlich die Notwendigkeit der Rüstungskonversion. Diskutiert werden soll in diesem Workshop wie es gelingen kann in der Gewerkschaft, aber v.a. auch im Betrieb wieder KollegInnen für antimilitaristische Aktionen zu gewinnen, bzw. die Themen miteinander zu verknüpfen. Statt klassischen Rüstungsbetrieben sollen v.a. Branchen im Fokus stehen in denen DKP und SDAJ auch eine gewisse Verankerung haben, bspw. im öffentlichen Dienst.

Leitung: Florian (SDAJ) & Olaf Harms

6.4.4 Weiße Flecken schließen

Längst nicht in allen Orten, an denen es DKP-Gruppen gibt, existieren auch SDAJ-Gruppen. Mit einer DKP-Gruppe gibt es zwar eine wichtige Informationsquelle „vor Ort“, d.h. aber in aller Regel nicht, dass SDAJ & DKP in der Lage sind, das auszunutzen und gezielt an die Gründung einer SDAJ-Gruppe heranzugehen. In diesem Workshop sollen vorhandene Erfahrungen mit Gruppengründungen ausgewertet und nützliche Mittel für Gruppengründungen entwickelt werden. Diskutiert werden soll zu diesem Zweck auch die Nutzung der aktuellen Kampagneninstrumente der SDAJ.

Leitung: Max (SDAJ) & Wera Richter

6.4.5 Friedensbündnisse & Antikriegstreffen

Die SDAJ hat sich im Zuge der Kampagne vorgenommen offene Antikriegstreffen zu etablieren um ein niedrigschwelliges Angebot für Jugendliche zu schaffen die gegen Krieg aktiv werden wollen. Bündnisse der klassischen Friedensbewegung sind für anpolitisierte Jugendliche selten attraktiv. Sie sind aber schon allein auf Grund ihrer gebündelten Erfahrungen und der noch immer stärksten Struktur im Friedensbereich unverzichtbar. Im Workshop soll diskutiert werden was unsere Aufgabe in Friedensbündnissen ist, wie neue Strukturen für Jugendliche eine Bereicherung und Stärkung statt einer Konkurrenz darstellen können und allgemeiner wie Friedensarbeit insgesamt wieder attraktiver für Jugendliche gestaltet werden kann.

Leitung: Kerem & Barbara Majd Amin (Berlin)

6.5 LV-/Bezirkstreffen

SDAJler & DKPler aus einem Landesverband treffen sich hier um ein nächstes Leitungstreffen im Bezirk zu vereinbaren und Tagesordnungspunkte (auch mit Blick auf die Workshops) zu sammeln. Mögliche TOPs könnten sein: Unterstützung der SDAJ beim landesweiten Kampagnenhöhepunkt (bzw. Planung einer gemeinsamen antimilitaristischen Aktion); Gründung von SDAJ Gruppen (Welche Orte, welche Schritte); Unterschriftensammlung und Jugendwahlkampf (ggf. auch Kandidaten) zur Bundestagswahl.

Dort wo die Gebiete von Bezirken / LVen nicht kongruent sind wir folgende Zusammenlegung vorgeschlagen: NDS + Bremen; SH + HH + MV; Ost (ohne MV); Nordbayern + Südbayern
Regionen aus denen entweder nur DKPler, oder nur SDAJler vor Ort sind überlegen sich in diesem Zeitraum selbstständig einen möglichen Termin & Themen für ein Leitungstreffen und treten im Anschluss an den Ratschlag mit dem Vorschlag an die jeweilige Leitungsstruktur heran.

Leitung/Vorbereitung: jeweils Landesvorsitz (+GF-Anleitung) & Bezirksvorsitz

7. Verantwortlichkeiten:

- Gesamt & Moderation: Paul
- Referenten: Björn & Jann/Kerem
- Workshopleitungen: Anne, Patrik, Sebastian, Männe, Florian, Olaf, Max, Wera, Paula, Kerem, Barbara
- Organisatorisches (Unterkunft, Tagungsraum, Verpflegung): Sven (Ansprechpartner für die JuKo, sucht sich eine Person in Berlin die sich darum kümmert)

- Dokumentation der Ergebnisse: Workshopleitungen und Sven

(einstimmig angenommen)

Umlage Buchhaltungs- und Versicherungskosten

Die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene Buchführung der DKP, für den Jahresabschluss und die Haftpflichtversicherung werden entsprechend der jeweils zuletzt festgestellten Jahreseinnahmen auf den PV und die Bezirke umgelegt. Die Bezirke zahlen die berechnete Umlage an den PV und können die Kreisorganisationen zur Mitfinanzierung heranziehen.

In der Kostenumlage sind folgende Positionen enthalten: Personal, EDV, Büro, Steuerberatung, Buchprüfung sowie die Prämie für die Haftpflichtversicherung. Der Umlageschlüssel basiert auf den Gesamteinnahmen des PV beziehungsweise der Bezirke, die im jeweils aktuell vorliegenden Rechenschaftsbericht festgestellt wurden.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Begründung

Eine ordnungsgemäß geführte Buchführung und ein beim Bundestagspräsidenten eingereichter, testierter Jahresabschluss sind wesentliche Voraussetzungen, damit die DKP ihren Parteienstatus behält, um beispielsweise steuerrelevante Spendenbescheinigungen ausstellen zu können.

Der PV wird um Bestätigung eines seit vielen Jahren praktizierten Verfahrens gebeten. Eine Änderung würde die Kreise und Bezirke gegenüber den Finanzbehörden in die Pflicht nehmen und für die Partei erhebliche Mehrbelastungen und -kosten auf allen Ebenen mit sich bringen.

Handbuch Finanzen

Der Parteivorstand beauftragt Ralf Mehlstäubler (Mitglied der ZRK) in Abstimmung mit dem Bundeskassierer Klaus Leger ein „Handbuch Finanzen“ zu erstellen. Ein erster Entwurf soll auf der Org- und Kassiererberatung am 26./27.11.2016 vorgestellt und diskutiert werden. Die endgültige Fassung wird durch die Finanzkommission beschlossen und dem PV zur Bestätigung vorgelegt.

(einstimmig angenommen)

Begründung

Die Finanzkommission beim PV hat am 29.01.2016 beschlossen, „den Parteigliederungen Richtlinien für rechtlich und steuerlich einwandfreie Kostenabrechnungen zur Verfügung“ zu stellen. Dies soll in Form eines „Handbuchs Finanzen“ erfolgen. Mit dem Handbuch möchten wir:

- Orientierungshilfe geben, für alle Genossinnen und Genossen, die mit Finanzen zu tun haben, sprich den Kassiererinnen und Kassierern sowie den Revisorinnen und Revisoren auf allen Parteiebenen.
- Praktische Tipps geben, z. Bsp. welches Kassenbuch wo und wie geführt werden muss
- Dass das Handbuch als Nachschlagewerk benutzt werden kann, z. Bsp. in rechtlichen oder statuarischen Fragen.
- Den Umgang mit Formularen und anderen Hilfsmitteln (Abrechnungsbögen / Bücher/Bescheinigungen/Kontenrahmen etc.) erleichtern, z. Bsp. welche sind im Umlauf und wie sind sie auszufüllen.

Auftreten der DKP am LL-Wochenende am 14./15. 1. 2017

Wir erinnern am 14. und 15. Januar 2017 in Berlin an den Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Luxemburg und Liebknecht waren konsequente KriegsgegnerInnen. Heute ist Krieg zum permanenten Zustand in vielen Regionen der Welt geworden. Insbesondere das Vorrü-

cken der NATO und die permanenten Provokationen gegen Russland verschärfen die Situation. Die Gefahr eines großen Krieges und die Atomkriegsgefahr wachsen. Wir brauchen eine stärkere Bewegung gegen die NATO. Die DKP wird am LL-Wochenende in Berlin ihre Positionen gegen Kriegspolitik und Bundeswehreinmärsche in aller Welt in und die verschärfte Aggression der NATO in den Mittelpunkt ihres Auftretens und ihrer Agitation stellen. Darüber hinaus nutzt sie das Wochenende um ihre Kandidatur zu den Bundestagswahlen bekannt zu machen und Unterstützerunterschriften zu sammeln.

Der DKP-Parteivorstand ruft die Mitglieder der DKP auf,

* sich zahlreich an der Ehrung von Rosa und Karl in Berlin zu beteiligen – insbesondere an der Großdemonstration zum Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde

* gemeinsam mit der SDAJ Busse für die Anreise zu organisieren und Sympathisanten sowie Bündnispartner für die Teilnahme an den Aktivitäten zu gewinnen.

Für die Mobilisierung stellt er ein Antikriegsinfo zur Verfügung, das Ende November erscheint. Für die Mobilisierung in Berlin wird ein Plakat erstellt.

Die Aktivitäten am LL-Wochenende werden gemeinsam mit der Berliner Landesorganisation und der Ost-Koordination vorbereitet und durchgeführt.

Die DKP mobilisiert zu folgenden Aktivitäten:

* Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) der jungen Welt, 14. Januar 2017

Die RLK findet an neuem Ort im Hotel Mercure in Berlin Moabit statt. Thematisch dreht sie sich um den Arbeitstitel „Wie den rechten Vormarsch stoppen?“ Schwerpunkte werden nach bisheriger Diskussion die Türkei, Lateinamerika und die BRD sein. Als Mitveranstalter beteiligen wir uns an Mobilisierung, Durchführung (insbesondere im Bereich der Sicherheit) und Programmgestaltung, zum Beispiel in Form der Moderation. Wir bewerben uns um einen Platz in der Podiumsdiskussion.

Die DKP organisiert erneut das Café K als Treffpunkt, Versorgungs- und Rückzugsort für die KonferenzteilnehmerInnen. Wir organisieren dort eine Diskussionsrunde zur Bundestagswahl und ggf. erneut eine Eintrittsrunde, die UZ-Redaktion lädt zum LeserInnen-treffen ein. Zudem gibt es kleinere Treffen (Eisenbahner, Gesundheitswesen), so es die Örtlichkeiten zulassen. Es werden mehr GenossInnen aus dem Bundesgebiet in die Vorbereitung einbezogen.

Sowohl im Café K als auch auf der Konferenz werden attraktive Infostände aufgebaut. Wir wollen vor allem unsere Bundestagswahlkandidatur bekannt geben und Unterschriften sammeln sowie die UZ stärken.

Verantwortlich: Wera Richter/Klaus Leger (Agitation)

* LLL-Treffen, 14. Januar 2017

Wir führen am Abend des 14. Januar im Hotel Mercure unsere traditionelle LLL-Veranstaltung als Antikriegsveranstaltung durch, um Mitglieder und Sympathisanten auf die LL-Demonstration und das Jahr 2017 mit unserem Antritt zu den Bundestagswahlen einzustimmen. Neben Patrik Köbele sprechen ein Vertreter der SDAJ und ein internationaler Gast. Anschließend gibt es ein Kulturprogramm. Für die Veranstaltung wird eine gesonderte Konzeption erstellt.

Verantwortlich: Hans-Peter Brenner

* LL-Demonstration, 15. Januar 2017

Wir beteiligen uns mit einem starken, geschlossenen und kämpferischen, gut sichtbaren Block an der LL-Demonstration am 15. Januar. Für den Block wird es ein Leittransparent und weitere Sichtelemente (Schilder/Pappen) und einen Lautsprecherwagen geben. Es werden Sprechchöre und Parolen organisiert.

Im Vorbereitungsbandnis und in der Demoleitung vertritt uns Genossin

Nina Hager; für die Ausgestaltung des Blocks inklusive Lautsprecherwagen ggf. Transpi-Aktion ist **Männe Größ** verantwortlich. Eine Blockleitung muss noch bestimmt werden.

* Stilles Gedenken in Friedrichsfelde, 15. Januar 2017

Wir beteiligen uns an dem stillen Gedenken in Friedrichsfelde mit Ständen der Partei und der Verlage. Es wird erneut gemeinsam mit der SDAJ ein attraktiver Treffpunkt für GenossInnen und Sympathisanten organisiert. Die DKP nutzt das LL-Wochenende vor allem für die Sammlung von Unterstützerunterschriften für die Bundestagswahl und zur Gewinnung von UZ-Probe-LeserInnen.

Verantwortlich: Wera Richter/Klaus Leger (Agitation)

(einstimmig angenommen)

(Siehe Aufruf zur LL-Demo unter Weitere Materialien)

Delegierung zum Treffen der KPen und Arbeiterparteien in Vietnam

Zum 18. Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien (28. bis 30. Oktober 2016 in Hanoi) werden die Genossen Manfred Idler und Günter Pohl delegiert.

Delegierung Parteitag der Portugiesischen KP

Zum 20. Parteitag der Portugiesischen KP (2. bis 4. Dezember 2016 in Lissabon) wird der Genosse Patrik Köbele delegiert.

Delegierung zum Parteitag der Kolumbianischen KP

Zum 22. Parteitag der Kolumbianischen KP (2. bis 4. Dezember 2016 in Bogotá) wird der Genosse Günter Pohl delegiert.

(einstimmig angenommen)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Abgelehnte oder vertagte Anträge

Pressefest-AG

Die Wahl einer Pressefest-AG wurde aus Zeitgründen vertagt auf die 6. PV-Tagung.

Antrag zur Bundestagswahl 2017

Antragsteller: Uwe Fritsch

Der Parteivorstand beauftragt die Bezirke, Kreise und Gruppen vor dem Hintergrund der veränderten politischen Situation, insbesondere durch das massive Erstarken rechter und faschistischer Kräfte, noch vor einer endgültigen Entscheidung über das Erstellen und Einreichen von Landeslisten zur Bundestagswahl 2017 eine intensive Diskussion über die politischen Rahmenbedingungen, sowie die organisationspolitischen Voraussetzungen für eine flächendeckende bundesweite Kandidatur der DKP durchzuführen.

Entsprechend der Beschlussfassung des 21. Parteitages der DKP ist eines der wesentlichen Kriterien für die Entscheidung über eine eigenständige Kandidatur der DKP die Entwicklung der PdL.

Grundlage der Bewertung der Entwicklung der PdL sind die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages der PdL vom 28. und 29. Mai 2016 u.a. mit folgenden Aussagen:

- „Die Regierung ist in erster Linie Sachwalterin von Kapitalinteressen. Die politischen Koordinaten werden von der Bundesregierung wöchentlich nach rechts verschoben“
- Unter der Führung der USA wird die Stärkung der NATO als globale Interventionsmacht zur militärischen Absicherung neoliberaler Politik und geopolitischer Interessen gegen China, Russland und den globalen Süden vorangetrieben. Die kapitalistische Produktionsweise hat schon immer zu imperialistischen Kriegen geführt.“
- „Die Linke lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr konsequent ab und wendet sich gegen Aufrüstung, Waffenexporte und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Nein zur NATO! Die Nato als imperialistisches Kriegs Bündnis, das wiederholt das Völkerrecht verletzt hat, muss aufgelöst werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist ein Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO!“
- „Es geht also nicht bloß darum, das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen, sondern gleichermaßen Fluchtursachen zu bekämpfen. In erster Linie sind hier Kriege und Waffenexporte zu nennen.“
- „Der vermeintlichen Alternativlosigkeit der Großen Koalition und dem rechten Gesellschaftsentwurf setzen wir einen linken Gesellschaftsentwurf für eine solidarische Gesellschaft entgegen. Neben dem politischen Willen in Parteien braucht es vor allem gesellschaftliche Mehrheiten und die Macht, durch gemeinsam Mobilisierung mit Gewerkschaften und soziale Bewegungen zentrale Einstiegsprojekt auch gegen massiven Widerstand durchsetzen zu können.“

Aufgabe der DKP ist es, auch unter Nutzung des 5-Punkte-Forderungsprogramms, Impulse für mehr Gemeinsamkeiten der linken Kräfte im Land zu geben, um für gemeinsam als richtig erkannte Positionen öffentlich zu streiten, kommunistische Positionen solidarisch einzubringen und im demokratischen

Meinungsbildungsprozess die Bewegung gegen Kriegspolitik, Rechtsentwicklung, Sozial- und Demokratieabbau politikfähig zu profilieren.

Wir brauchen für ein weiteres Erstarren und die Zusammenführung der außerparlamentarischen Bewegungen, z. B. gewerkschaftlicher Kämpfe, gegen TTIP und CETA, in der Friedensbewegung und in antifaschistischen Aktionen eine möglichst starke Unterstützung im Bundestag. Dafür bietet zurzeit die PdL die besten Voraussetzungen.

Dort wo unsere Partei starken Einfluss hat, dort wo eine Vertretung in Parlamenten schon vorhanden ist, unterstützen wir die Direktkandidatur von Genossinnen und Genossen. In anderen Orten bringen wir unsere Positionen als Kommunistinnen und Kommunisten durch unser Sofortprogramm, die Entwicklung von Wahlprüfsteinen, durch Infostände und vielfältige andere Aktivitäten in die Diskussionen um die Bundestagswahl ein.

(bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung abgelehnt)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

10./11. September 2016, Karlsruhe

Weitere Materialien

Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 15. Januar 2017 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

»Krieg«, so Rosa Luxemburg während des I. Weltkrieges, »ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden«. Die Kriegsprofiteure meuchelten Rosa und Karl und viele ihrer Weggefährten für diese Unbestechlichkeit des Denkens und Handelns.

Es folgte das Massenmorden des deutschen Faschismus.

Und heute warnen Fidel Castro, Papst Franziskus und ungezählte andere Menschen vor dem nuklearen Inferno.

Kriege und kriegerische Konflikte überziehen die Erde. 60 Millionen sind auf der Flucht vor Krieg, Terror und Hunger. Zynisch machen Nazis gerade diese geschundenen Menschen verantwortlich für die Sorgen derer hierzulande.

Und die Ausbeuter teilen und herrschen, betreiben Sozialabbau, bauen am Überwachungsstaat, schnüren die Asylpakete, liefern Waffen in Krisengebiete, lassen töten mittels Drohnen, schicken Soldaten - machen so Profit.

Demonstrieren wir - Linke verschiedener Couleur - am 15. Januar 2017 friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschisten - für eine sozial gerechte und solidarische Welt. Dafür kämpften und starben Rosa und Karl. Wir führen ihren Kampf weiter.

(Der Aufruf wird vom Parteivorstand einstimmig unterstützt)

Zehn Empfehlungen für eine erfolgreiche Arbeit mit der UZ

In den vergangenen Monaten fanden zahlreiche Beratungen in den Gruppen, Kreisen und Bezirken der DKP zur Arbeit mit unserer Wochenzeitung UZ – unsere zeit - statt. Die hier zusammengefassten Ergebnisse sollen den Parteigliederungen Anregungen für eine intensivere Arbeit mit der UZ geben.

1. UZ lesen & weiterempfehlen

Die UZ entfaltet nur dann eine Wirkung, wenn sie intensiv gelesen wird und ihre Inhalte zu Diskussionen anregen. Als Zeitung, die gegen das Mainstream-Einerlei anschreibt und Partei ergreift, ist sie auf die aktive Unterstützung ihrer LeserInnen angewiesen. Viele Nachbarn, KollegInnen und BündnispartnerInnen kennen die UZ noch nicht – schenkt ihnen ein Probeexemplar, empfiehlt ein Probeabo, weist auf einen interessanten Artikel aus der UZ hin und diskutiert über die UZ.

2. UZ-Kritik auf DKP-MV

Gute Erfahrungen konnten einige Gruppen mit dem Tagesordnungspunkt „UZ-Kritik“ auf ihrer MV sammeln. In 15-20 Minuten können einzelne Beiträge ausgewertet oder die wichtigsten Themen der aktuellen UZ vorgestellt werden. Der Zeitaufwand lohnt sich, denn die UZ rückt damit wieder stärker in das Blickfeld der Gruppenarbeit und die Diskussion über die UZ-Inhalte regen zum Weiterlesen und Weiterdenken an!

3. UZ-Gespräche organisieren

Ladet die UZ-LeserInnen aus eurer Stadt/Stadtteil (50% der UZ-AbonentInnen sind keine DKP-Mitglieder) und weitere Interessierte zu aktuellen politischen UZ-Themen (oder auch zur UZ selbst) ein. Redaktion und Verlag unterstützen gerne bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung und kommen zu euch.

4. Artikel & Leserbriefe schreiben

Welche Themen fehlen in der UZ, welche Aspekte werden zu wenig beleuchtet? Was gefällt euch an der UZ und was muss besser werden? Schreibt Leserbriefe. Macht Vorschläge für eigene Artikel in der UZ. Berichtet von euren Aktionen.

5. UZ in Aktion!

Die UZ ist das wichtigste Instrument der Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei. Keine Demo, keine Aktion und kein Info-Stand ohne UZ! Der Verlag bietet die UZ zu einem unwiderstehlich günstigen Preis an – bestellt massenhaft UZ-Exemplare und verteilt sie an Interessierte. Wir erhöhen damit die Bekanntheit von DKP & UZ.

6. Probeabos & Abos werben

Haben alle GenossInnen und politischen Freunde ein UZ-Abo? Können sich alle Interessenten ein Abo leisten? Eine Bestandsaufnahme ist eine kollektive und wichtige politische Aufgabe jeder DKP-Gruppe – der Verlag hilft gerne. Bietet Nachbarn, KollegInnen und BündnispartnerInnen ein kostenloses 4-Wochen-Probeabo an – so können Interessierte ohne weitere Verpflichtungen die UZ kennenlernen.

7. UZ-Online nutzen

Über 30.000 Personen erreichen wir monatlich mit dem Onlineangebot der UZ. Mehr als 2 Millionen Seitenaufrufe zeigen jeden Monat das Interesse an unseren Themen und Positionen – Tendenz steigend! Wir bauen unser Onlineangebot stetig aus, werden hier Zeit und Geld investieren. Unterstützt diese Pläne durch euer Onlineabo (als Ergänzung zum Printabo) und helft, die Bekanntheit von www.unsere-zeit.de zu erhöhen!

8. Termine

Schickt eure Veranstaltungshinweise an die UZ, wir veröffentlichen sie gerne und arbeiten auch an einem Onlinekalender. Denkt bitte bei allen öffentlichen Terminen auch an die Werbung für DKP/UZ und bestellt Probeexemplare und Infomaterial.

9. Anzeigen schalten

Viele lesen in der UZ zuerst die Anzeigenseite ... nutzt diese hohe Aufmerksamkeit für eure Anzeigen und unterstützt damit zugleich die UZ. Feste und öffentliche Veranstaltungen ankündigen, Jubilare ehren, Geburtstage feiern und (leider auch) verstorbener GenossInnen gedenken – all das gehört als Anzeige in die UZ.

10. Finanzierung der UZ sichern

Nur gemeinsam können wir die weitere Herausgabe der UZ sichern. Das ist primär eine politische Aufgabe. Allerdings trifft auch der alte SDAJ-Slogan „Ohne Moos nix los“ den Nagel auf den Kopf. Daher möchten wir jede Genossin und jeden Genossen bitten, sich auch Gedanken über die Finanzierung der UZ zu machen, durch...

- Aufstockung der Abogebühren: Standard statt Ermäßigt | Förderabo statt Standard
- Zusätzliche Buchung der Onlineleistungen (EUR 1, 2 oder 3 im Monat)
- Kauf der UZ-Spendenmarke (... lt. DKP-Statut eine Marke je Mitglied im Quartal)

- Gewinnung von (Probe)-AbonentInnen
- Spende eines Geschenkabos (das kann auch jede DKP-Gruppe beschließen)
- Spendensammlung zugunsten der UZ auf der MV, auf Veranstaltungen, Festen etc.
- Spenden zur Unterstützung der UZ-Arbeit auf das Konto des DKP-Parteivorstands: GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Die UZ ist UNSERE ZEITUNG – wir müssen sie gemeinsam entwickeln, verbreiten, verbessern, finanzieren! Packen wir es an!

Klaus Leger, Geschäftsführer CommPress Verlag GmbH, verlag@unsere-zeit.de

Auswertung des 19. UZ-Pressfestes des Sekretariates als Diskussionsgrundlage

1. Allgemein

Wir haben ein gutes Fest und einen politischen Erfolg organisiert. Das 19. UZ-Pressfest stand dem 18. in kaum etwas nach. Eher hat das Programm kulturell, aber vor allem inhaltlich gewonnen und war mutiger auch im Herangehen an wichtige Diskussionen in der Friedens- und antifaschistischen Bewegung. Nach unseren Möglichkeiten ist es gelungen, ein Signal des Friedens und des Antifaschismus (beschlossene Zielstellung) zu setzen. Wir waren über Monate mit diesen Inhalten über unsere Materialien draußen präsent. Das Thema Frieden und die Orientierung auf den 8. Oktober konnte u. a. auf dem Antikriegsmeeting gesetzt werden. Auf dem Fest haben sich Vertreter der Friedens- und antifaschistischen Bewegung getroffen, dargestellt, sind ins Gespräch gekommen. Wir haben selbstbewusst heiße Eisen angefasst und unsere Position zur Diskussion gestellt.

Das Kulturprogramm war in der Qualität hochwertig und hatte einige neue Elemente wie das Antikriegsmeeting als neues Format, die Teilnahme des Hans-Beimler-Chors aus Berlin, des KunstSalonOrchesters, von Fredrik Vahle und der türkischen Gruppe Grup Yorum und die Kleinkunstbühne an der Kogge. Hervorzuheben ist das Brecht-Programm in der Eishalle.

Erneut war das Programm – 100 Diskussionen, 110 Konzerte etc – viel zu umfangreich. Das zentrale Programm war oft als solches nicht klar erkennbar und in zu kleinen Zelten. Negativ und unerwartet war der Besuch des Grup-Yorum-Konzerts. Hier ist es uns nicht gelungen, das Umfeld der Gruppe mit Hilfe der Gruppe und ihrer Unterstützer zu mobilisieren. Die Hauptbühne hat verschiedene Programme in anderen Zelten (Niedersachsen, Kogge, Casa Cuba, Die linke) durch Lautstärke/Soundcheck gestört. Generell müssen wir weiter über die Hauptbühne und das zentrale Programm auf der Hauptbühne nachdenken.

Die Besucherzahl - „erneut besuchten zehntausende das UZ-Pressfest in Dortmund“ (Pressemitteilung) – entsprach in etwa der Zahl von 2014. Nach Einschätzung vieler Bezirke war die Besucherzahl am Freitag und bis zum frühen Samstagabend höher als 2014 und wurde dann durch die Witterung und die EM negativ beeinflusst. Die gründlich diskutierte Verlängerung des Festes in den Sonntag nachmittag hat sich vor allem wegen des Wetters nicht so positiv ausgewirkt wie gewünscht. Die Verlängerung hätte bei gutem Wetter aber funktioniert und sollte nicht voreilig verworfen werden. Die Bezirke waren hier sehr diszipliniert und auch im Helferbereich inkl. Sicherheit war die Verlängerung angenommen.

In vielen Auswertungen wird vor allem die solidarische und gute Stimmung auf dem Platz hervorgehoben. Das trifft auch auf den Helferbereich und bei Auf- und Abbau zu. Hier ist vor allem die Unterstützung der SDAJ hervorzuheben ohne die der Abbau nicht in der Zeit zu schaffen gewesen wäre.

Die frühe Bewerbung des Programms im Internet, mit der achtseitigen Pressefestzeitung und mit dem Programmheft ist positiv aufgenommen worden und war sinnvoll. Auf dem Platz hat sie den UZ-

Verkauf behindert. Eine Berichterstattung während des Festes ist nicht gelungen. Auch eine schnelle Berichterstattung/Fotostrecken nach dem Fest gab es im Internet nicht.

Beschlusslage und Umsetzung

Insgesamt haben wir die Zielstellungen ordentlich abgearbeitet. In der Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des 19. UZ-Pressfestes nahmen wir uns vor:

- **Wir führen das UZ-Fest als Fest des Friedens und der Solidarität durch**

Wie einleitend erwähnt haben wir den Rahmen „Fest des Friedens und der Solidarität“ vor allem mit zentralen Diskussionsrunden zu den Themen Frieden, Antifaschismus, Flüchtlingspolitik und dem Höhepunkt des Antikriegsmeetings gefüllt. Dort sprachen Vertreter der syrischen Kommunistischen Partei und der DFLP (Palästina) und es wurde das Ergebnis der Beratungen der Friedensbewegung und die Orientierung auf die Großdemonstration im Oktober verkündet. Auch in den Bezirksbeiträgen und Zelten der Bündnispartner waren die Themen gesetzt. So gab es zum Beispiel Diskussionen zum „Tag der deutschen Zukunft“ (Perle vom Borsigplatz), zum NSU (Roter Markt), zur Losung „Raus aus der NATO“ (Leninplatz) etc.

Die Dortmunder DKP hat gemeinsam mit dem Bündnis Dortmund gegen rechts an die 100 Flüchtlinge aus Dortmund zum Pressfest eingeladen und sie dort betreut. Sie wurden von Hans-Peter Brenner in Empfang genommen und herzlich begrüßt. DFG-VK, Büchel atomwaffenfrei, der Kasseler Friedensratschlag, Rote Hilfe, u. a. präsentierten sich mit Infoständen. Antifaschistische Initiativen organisierten erneut das Rote Zelt mit ansprechendem Programm.

- **Das Fest ist ein Fest der Internationalen Solidarität**

Wir haben mit 29 ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien einen Rekord in der Beteiligung Internationaler Gäste aufgestellt. Drei Botschaften haben VertreterInnen entsandt. Die Gäste wurden im Rahmen des Antikriegsmeetings von der Hauptbühne begrüßt und sind sehr gut von Günter Pohl und der Internationalen Kommission betreut worden. Sie hatten im Internationalen Klub als Bestandteil des Café K einen Anlaufpunkt. Das war ein Fortschritt gegenüber 2014, der ausbaufähig ist. Die Internationalen Gäste waren angetan von unserem Pressfest, seiner Größe, der solidarische Stimmung.

Eine große Rolle hat die Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in der Türkei gespielt. So gab es zum Auftakt des Programms im Café K eine Runde mit der DIDF und dem Chefredakteur der Evrensel, als Höhepunkt das Konzert mit Grup Yorum und den vorausgegangenen Kampf um das Grup-Yorum-Konzert in Gladbeck. Zwei Solidaritätsveranstaltungen gab es mit dem seit Jahren inhaftierten Georges Ibrahim Abdallah aus dem Libanon in Zusammenarbeit mit der FKP.

Auf der Höhe der Zeit und hochkarätig war das Programm in der Casa Cuba, das sich mit den aktuellen Herausforderungen des kubanischen Sozialismus befasst hat. Gäste wie vor allem Jorgito (Kraft der Schwachen) haben das Leben und die Realitäten auf der roten Insel gut transportiert.

7. Wir führen das Fest erkennbar als Fest der DKP und ihrer Zeitung UZ durch

Bei dieser Zielstellung haben wir gegenüber 2014 Rückschritte gemacht. Agitation (UZ-Verkauf/Buttons) und Dekoration waren erkennbar schwächer. Insbesondere auf dem Hauptplatz fehlten DKP und UZ neben Linke und ND. Das Café K und der gegenüberliegende Agitationsstand waren nicht gut genug als zentraler Anlaufpunkt erkennbar. Es mangelte insgesamt an Fahnen und Schirmen. Positiv ist erneut der UZ-Shop angekommen. Vor allem die Gespenster waren präsent. Es ist nicht gelungen, unser Sofortprogramm als zentrales Material zu präsentieren. Es sollte auch optisch eine größere Rolle spielen, was nur auf der Hauptbühne gelungen ist.

8. ... gleichwohl organisieren wir ein Fest der linken Bewegung, führen strategische Debatten, versuchen Impulse zu geben und legen ein Augenmerk auf aktive GewerkschafterInnen und beziehen sie u. a. durch Branchentreffen in die Diskussion ein.

Bündnispartner hatten viel Raum auf unserem Fest. Wichtige Organisationen und Initiativen waren nicht nur mit Infoständen vertreten, sondern Teil des Programms. Bei Diskussionsrunden ging es nicht nur darum, sich gegenseitig zu bestätigen, sondern der vorhandene Streit wurde geführt (Aufstehen gegen Rassismus/Raus aus der NATO/Wie weiter mit der Friedensbewegung?). Generell zeugt das Anpacken der Konflikte, der Versuch die Protagonisten an einen Tisch zu bringen und auch unsere Position streitbar einzubringen von gewachsenem Selbstbewusstsein. Zugleich kommen wir einer wichtigen Aufgabe nach, nämlich zu vermitteln und zusammenzuführen.

Besser als sonst ist es gelungen, die DKP-Position zu formulieren. In den zentralen Runden haben Hans-Peter Brenner, Jürgen Lloyd, Björn Schmidt und Männe Größ diskutiert. Olaf Harms hat neben der Runde zur Zukunft der Arbeit eine Runde zum rechten Potential in der Arbeiterbewegung am Stand der irischen KP bestritten. Patrik Köbele hat die Positionen der DKP bei der Linkspartei, im Zelt der jW, im Antifa-Zelt und bei der SDAJ vertreten. Auch in den Bezirksbeiträgen wurde darauf geachtet, die eigene Position zu formulieren.

Branchentreffen fanden zum Gesundheitswesen und der Automobilindustrie statt. Das Gesundheitstreffen war sehr gut besucht und soll Anfang von weiterer Zusammenarbeit sein. Es gab einen ver.di-Stammtisch; das Betriebsaktiv München lud zum Treffen von Betriebssammelgruppen.

9. Jugendliche gewinnen

Es wird vielfach eingeschätzt, dass das Pressefest insgesamt ein jüngerer Gesicht hatte und mehr Jugendliche auf dem gesamten Fest waren. Mit dem Freitagkonzert, das erfolgreich war, ist es aber nicht gelungen Jugend und Szene zu mobilisieren. Es waren aber auch keine Jugendbands. Hier müssen wir mit der SDAJ mehr nachdenken.

Der Jugendbereich der SDAJ war gut organisiert und gut besucht, insbesondere der Klassiker „Arbeiterlieder mit Achim Bigus und das Samstagkonzert waren erfolgreich. Attraktiv/einladend waren Cocktailbar und Frühstücksbereich am Eingang des Jugendbereichs. Eine gemeinsame Auswertung hat noch nicht stattgefunden.

Der Parteivorstand hat beschlossen bis zum und auf dem Pressefest 250 Euro für Soja zu aquirieren. Das wurde nicht organisiert angegangen. Das Ergebnis muss zusammengetragen werden.

10. Ein Fest der fortschrittlichen Kultur

Wie oben geschildert gab es mit Grup Yorum, Hans-Beimler-Chor und KunstSalonOrchester neue Elemente. Positiv war der Auftritt von Dota Kehr bei der jW und der Auftritt von Fredrik Vahle beim Kinderfest. Positiv war auch das Brecht-Programm in der Eishalle. Mit 44 Leningrad, Quijote und Frank Viehweg waren erneut ostdeutsche KünstlerInnen vertreten. Sehr gut kam das Satire-Theaterstück „Der Einsatzleiter“ an. Viele KünstlerInnen gehören inzwischen zum Pressefeststamm: Klaus der Geiger, Bernd Köhler, Ruam, MicMafia, Musikandes etc ...

Im jW-Zelt wurde über die Rolle fortschrittlicher Musik und von Arbeiterliedern diskutiert. Die Diskussion zur Aktualität Brechts in der Eishalle ist wegen mehrerer Absagen unter anderem von Dietmar Dath ausgefallen.

Es ist uns gelungen, ein vielfältiges und hochwertiges Kulturprogramm zu organisieren. Es fehlte aber an Ideen für den Höhepunkt am Samstag abend bzw. Sonntag nachmittag und für Jugendkultur. An dieser Stelle hat uns auch die SDAJ nicht helfen können. Generell müssen wir über Nutzen/Nutzung/Notwendigkeit der Hauptbühne nachdenken.

Die technischen Mängel, die 2014 von Künstlern und Bezirken zu Recht kritisiert wurden, konnten diesmal behoben werden. Von vielen KünstlerInnen gab es sehr positive Rückmeldung insbesondere was die Stimmung angeht.

11. Ein Fest der Dortmunderinnen und Dortmunder

Der Dortmunder DKP ist es gelungen, ein gutes Programm mit Freunden und Bündnispartnern aus Dortmund zu organisieren. Neben Antifaschisten und Friedensfreunden war es besonders erfreulich, dass mit Jutta Reiter eine DGB-Funktionärin gewonnen werden konnte.

Der Sonntag, traditionell der Tag an dem mehr Dortmunderinnen und Dortmunder in den Park kommen, war leider nicht gut besucht. Das lag auch am Wetter, aber sicher nicht nur. Die Zersplitterung der Linken/Antifaschisten in Dortmund ist ausgeprägter als anderswo, ein Teil der „Linken“ und „Linksradiakalen“ lehnt uns offen ab. Das Markenzeichen „UZ-Pressesfest“ ist bei jungen Menschen – das war eine Erfahrung der Agitation in Dortmund - nicht bekannt. Das Kinderfest mit Fredrik Vahle und mehr Familienprogramm waren richtige Ansätze!

Das UZ-Pressesfest ist trotz allem Volksfestcharakter gewollt ein hochpolitisches Fest, das nicht „Die Dortmunderinnen und Dortmunder“ anspricht, sondern einen anpolitisierten Teil der Bevölkerung. Hier sehen wir positiv in Anzahl und Zusammensetzung der BesucherInnen eine leichte, aber spürbare Vergrößerung unseres Umfeldes.

Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen neue optische Elemente und ein neues Corporate Design zu setzen, das deutlich jünger ist. Die Bezirke und auch Bündnispartner haben das aufgenommen und zum Beispiel die Antifa- und Friedensluftballon in der Agitation genutzt. Gleichzeitig wurden alte Elemente wie die Rosette und der Kafenzmann nicht entsorgt, sondern integriert.

Insgesamt wurde die Konzeption zur Öffentlichkeitsarbeit gut umgesetzt. Positiv hervorzuheben sind vor allem die Fortschritte im Online-Bereich und das Programmheft. Negativ ist, dass es nicht gelungen ist, während des Festes und unmittelbar nach dem Fest im Netz zu berichten und unseren Erfolg angemessen zu feiern.

UZ

Für die Werbung in der UZ gab es frühzeitig eine Konzeption und auch eine Idee, wer verantwortlich für Berichterstattung und Bindeglied zwischen Kommission, Internetredaktion und UZ ist. Die Konzeption wurde dann aber unzureichend umgesetzt, die Verantwortlichkeit nicht weiter besprochen und dadurch nicht wahrgenommen.

Geplant waren eine UZ-extra, die als Pressesfestzeitung (verbreitete Auflage 200.000 Exemplare) herausgegeben wurde, und das Programmheft. Beides wurde unabhängig von der Redaktion erstellt und vor allem durch die Einlage in UZ, jW, ND und taz gut genutzt. Die Herausgabe des Programms vor dem Fest erscheint uns sinnvoll. Wir müssen aber überlegen, wie die UZ dennoch auf dem Fest mit Extra-Gebrauchswert verkauft werden kann.

Die Nachberichterstattung mit vier Extra-Seiten in der UZ war von Stil und Aufmachung sehr gelungen. Die darauffolgende reguläre UZ ausfallen zu lassen, hatte personelle Gründe, war aber dennoch nicht zu Ende gedacht.

Printmaterialien

Die Printmaterialien sind alle planmäßig und sinnvoll rausgegeben und in hoher Auflagen genutzt worden: Save-the-date-Flyer; Faltblatt mit Programmhilights; türkischer Flyer, Flyer Kinderfest, Szene-Flyer mit Punk- und Ska-Bands; Plakate allgemein; Plakate Grup Yorum, Aufkleber.

Weitere Programmflyer wurden von Bezirken, der Casa Cuba, der Perle vom Borsigplatz, aber auch von Bündnispartnern wie dem DDR-Kabinett erstellt. Die SDAJ hat eigene Plakate und Flyer für den Jugendbereich erstellt.

Internetauftritte/Facebook

Eine neue Qualität hatte die Seite www.uz-pressefest.de. Hier ist vor allem von Männe Grüß und Wiljo Heinen wichtige Arbeit geleistet worden. Erstmals haben wir zudem über eine zentrale Facebookseite mit Unterstützung von Andreas Goerke geworben. Auch die redaktionelle Zuarbeit von Markus Bernhardt hat sich bewährt. Wegen technischer Probleme (Einstellung von Programm) und mangelnder

Zuarbeit (u. a. Tagebuch) konnte nicht das Optimum herausgeholt werden. Das Zusammenspiel zwischen news.dkp/uz-online/pressefest.de ist ausbaufähig. Mangelhaft war die Berichterstattung vom Fest und die schnelle Berichterstattung und Fotostrecken nach dem Fest.

Eine eigene Homepage zum Pressefest hatten die SDAJ und das Rote Zelt antifaschistischer Initiativen eingerichtet.

Pressearbeit/Anzeigenschaltung

Ein Plan für die Pressearbeit wurde zu spät erstellt und zunächst schleppend umgesetzt. In den letzten zwei Wochen vor dem Fest wurde die Presse gut bedient. Trotz dieser zentralen Pressearbeit und Pressearbeit der DKP Dortmund inkl. Besuch der Redaktionen sind wir über zwei Notizen in der Lokalpresse vor dem Fest nicht hinausgekommen. Nach dem Fest war Schweigen. Das hat weniger mit unseren Bemühungen als mit einem regelrechten Boykott durch die Lokalpresse zu tun.

Anzeigen wurden planmäßig in der jW/m&r/ND geschaltet. Später kam die Zeitschrift konkret hinzu. Die Anzeigenschaltung in Dortmunder Lokal- und Szenezeitungen war nicht gut organisiert.

Hervorzuheben sind die Werbung und Berichterstattung der jungen Welt.

Werbung in Dortmund und Umgebung

Die Werbung in Dortmund und Umgebung wurde nicht so angegangen wie ursprünglich vorgenommen. Hier mangelte es an Organisation und Verantwortung. Aber auch das Wetter hat hier reingespielt. Positiv zu nennen sind die Plakatierungen in den U-Bahnen, die Plakatierung der SDAJ (Uni etc), die Werbeeinsätze der Dortmunder und der Bezirke Ruhr/Rheinland.

Bezirke

Die Zusammenarbeit mit den Bezirken war insgesamt gut und solidarisch. Von fast allen Bezirken wurde die Aufgabe, OrdnerInnen und zentrale HelferInnen zu stellen, sehr ernst genommen. Es war aber deutlich, dass sich die Partei-Opposition bei Auf- und Abbau, zentralen Aufgaben und in der Sicherheit zurückgehalten hat. Es gab aber auch wichtige Ausnahmen von GenossInnen, die den Offenen Brief des Netzwerkes unterzeichnet haben, und sehr wichtige zentrale Arbeiten übernommen haben. Ausgrenzung gab es unseres Wissens nicht.

Es gab Kommunikationsprobleme. Zentrale Orientierungen sind zum Teil nicht in die Bezirke durchgedrungen. Das betrifft vor allem das Antikriegsmeeting. Zwar ist es gelungen, kein Parallelprogramm zu haben, das hat aber nicht dazu geführt, dass von den Bezirken auch zum Antikriegsmeeting mobilisiert wurde.

Die Zusammenlegung der Bezirke BaWü/Hessen; Nds/Bremen; Nordlichter; Ostbezirke/Berlin hat sich erneut bewährt. Die Zusammenlegung von Ruhr und Rheinland war optisch und inhaltlich gut. Der Aufwand erschien aber eher höher. Kräfte für die Zentrale sind nicht durch die Zusammenlegung nicht frei geworden.

Alle Bezirksbeiträge waren organisatorisch und inhaltlich gut vorbereitet. Der Leninplatz hat optische Akzente gesetzt und am See einen runden Beitrag mit jW und DDR-Kabinett abgesichert. Er hat im Gegensatz zur Kogge vom schlechten Wetter profitiert. Niedersachsen/Bremen waren stark von der Hauptbühne beeinträchtigt. Die „Roten aus Südbayern“ haben einen sehr guten zentralen Bierstand organisiert.

Das Dorf des Widerstandes war Bestandteil des Festes. Die Programmpunkte dort waren relativ gut besucht. Zum Teil diskutierten PV-Mitglieder und andere im Dorf des Widerstandes mit, zum Beispiel Hans-Peter Brenner zur Frage der EU. Unsere Kritikpunkte bleiben: Das Dorf des Widerstandes wurde wie angekündigt von GenossInnen aus dem Bundesgebiet unterstützt während an anderen Stellen HelferInnen fehlten. Auf einer Wandzeitung und in den Diskussionen ging es weniger um die Politik der durchführenden Bezirke denn um zum Teil unverhältnismäßige Kritik an Beschlüssen des Parteitags und des Parteivorstands. In einem Buch konnten GenossInnen und Gäste diese Kritik schriftlich festhalten. Insbesondere die Karikaturen von Bernd Bücking haben mit solidarischer Diskussion nichts mehr zu tun. Bettina Jürgensen sprach wie angekündigt und entgegen unserer Aufforderung als Vor-

standsmitglied der Marxistischen Linken zur Bündnispolitik. Ob im Dorf Unterschriften unter den Offenen Brief des Netzwerks gesammelt wurden, wissen wir nicht. Mindestens lagen im Niedersachsen-Zelt Listen aus.

(Einzelbereiche ausgelassen, da keine kollektiven Auswertungen eingeflossen sind)...

6. Organisation

Hatten wir 2014 einen Wasserkopf an Pressefestkommission, die sich zu oft getroffen und Kräfte gebunden hat, waren wir diesmal zu wenig und mit den Aufgaben zum Teil überfordert. Die Pressefestkommission bestand aus Uli Abc (Technischer Leiter), Klaus Leger (Finanzen/Agitation), Werner Sarbok (UZ/Öff-Arbeit in Dortmund und Umgebung) und Wera Richter (Programm/Bezirke/Organisation). Werner ist aus verschiedenen Gründen kaum zum Zuge gekommen. Also war die Kommission in der Vorbereitung faktisch zu dritt.

Mit entscheidend für den neuerlichen Erfolg sind Uli Abcs Erfahrung als technischer Leiter und die gewachsenen Kontakte zum Revierpark, zu den MitarbeiterInnen des Parks und der Stadt Dortmund. Probleme, die uns 2014 beschäftigt hatten (späte Lieferung Container etc.), hatten wir dieses mal nicht. Dafür waren die Probleme, die das Wetter verursacht hat, groß und anstrengend in Auf- und Abbau.

Es gab keine gesonderte Programmverantwortlichkeit, was insbesondere beim politischen Programm kompliziert war. Hier hat Patrik (erste Überlegungen/Antikriegsmeeting/Ehrung) einiges übernommen. Beim Kulturprogramm halfen Klaus Winkes und Jane Zahn. Eigenständig und sehr zuverlässig neben uns haben Männe Grüß die Öff-Arbeit und Günter Pohl die Arbeit mit den Internationalen Gästen gemacht.

Es gab drei Beratungen mit den Bezirken, je ein Treffen zur Öffentlichkeits- und zur Pressearbeit, mehrere Beratungen mit Klaus Winkes und Jane Zahn im Kulturbereich, wobei Klaus Winkes selber nicht auf dem Pressefest sein konnte und Jane sich vor allem auf die sehr gute Kleinkunstabühne konzentriert hat sowie ein Treffen mit dem Kreisvorstand Dortmund. (...)

Es gab bei Auf- und Abbau eine Reihe von Reibungsverlusten, die nicht nur (!) durch Wetter und Verlängerung bedingt waren. Es kam zu Überlastung von erfahrenen Genossen auch durch Alter. Was 2014 mit der Übernahme von Verantwortung durch Jüngere zum Teil gelungen war, konnten wir so nicht wiederholen und keine Kontinuität reinbringen. Die Bezirke haben gute Genossen wieder stärker in ihre Bereiche integriert. Die Stimmung im Helferbereich war dennoch sehr gut.

Generell müssen wir stärker darüber nachdenken, wer stärker in die Vorbereitung involviert werden kann und wie wir BrigadeleiterInnen und Verantwortliche für Teilbereiche stärker in die Vorbereitung einbeziehen.

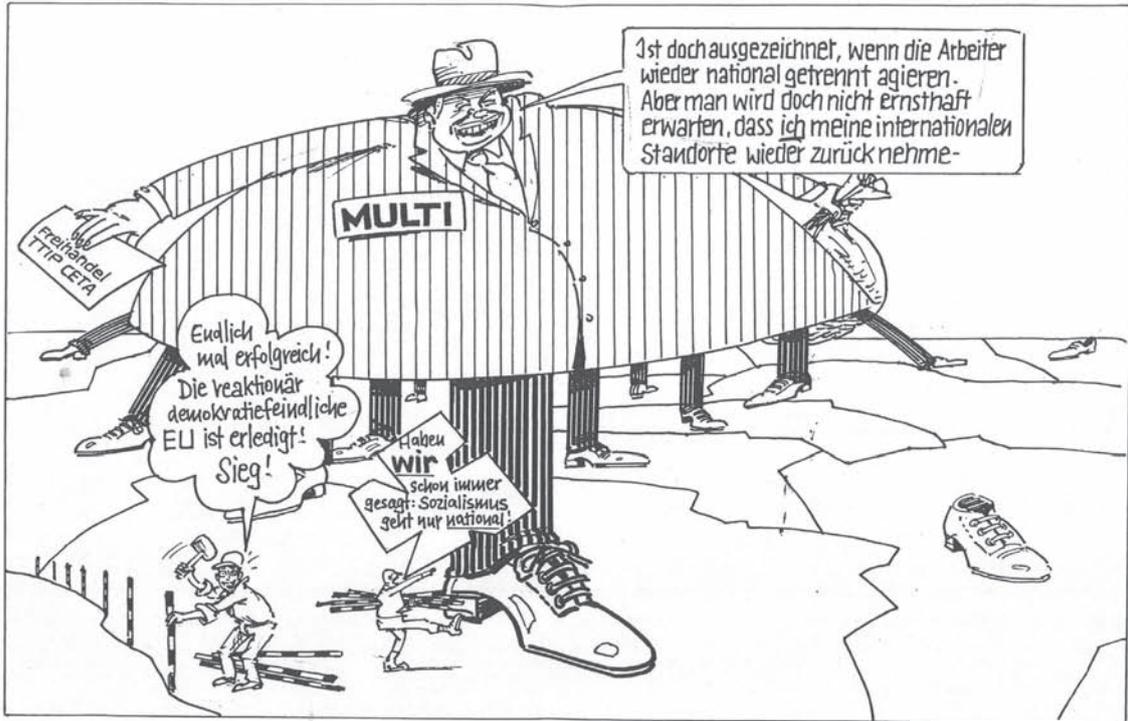
7. Ausblick

Schon jetzt weisen die meisten Auswertungen und Gespräche auf ein nächstes Fest. Schnell wird diskutiert, was man nächstes Mal besser und anders machen kann. Hier gibt es wertvolle Hinweise. Insgesamt wird das Fest nicht in Frage gestellt.

Deutlich ist erneut die Kritik, dass das Programm zu viel und zu unübersichtlich ist und wir daran arbeiten müssen mehr Qualität statt Quantität auf dem Platz zu haben.

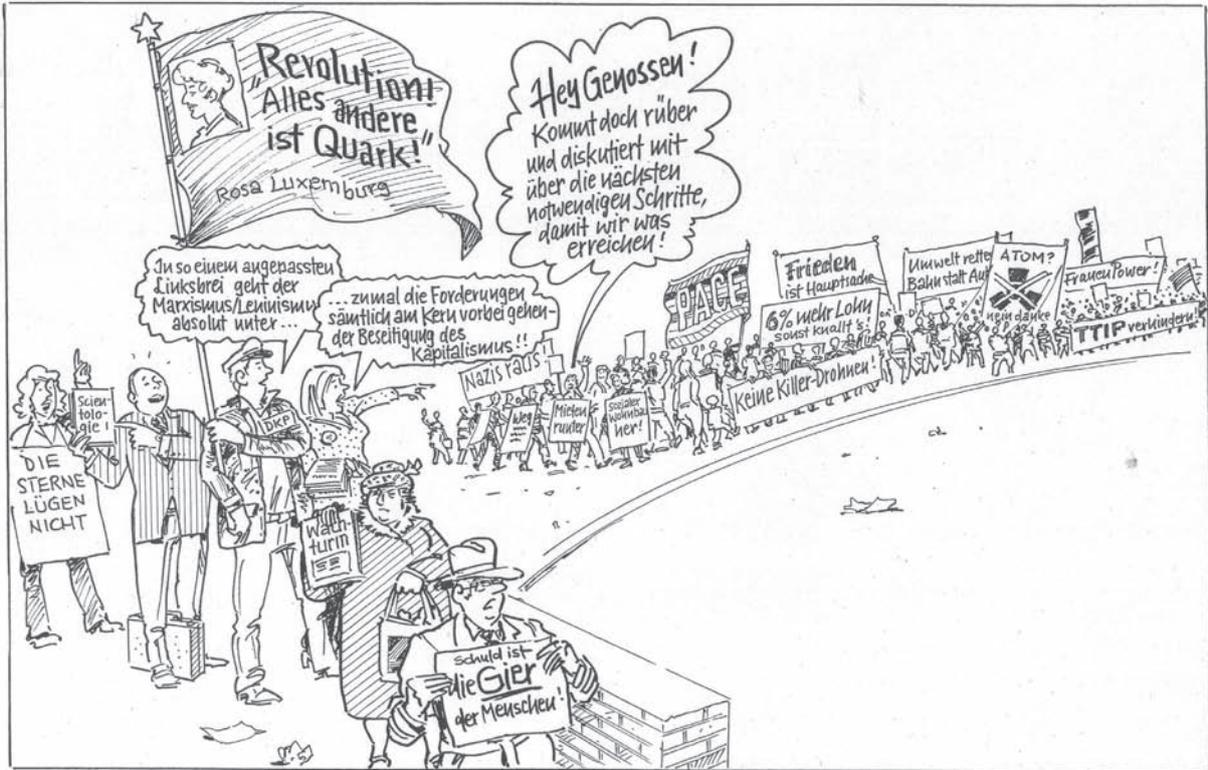
Wir wollen das LL-Wochenende nutzen, um das Pressefest und das Programm und das Pressefest mit KünstlerInnen und Kulturschaffenden auszuwerten. Wir hatten bereits 2015 beschlossen, dass parallel zur Vorbereitung des 19. UZ-Festes eine Kommission eingesetzt wird, um über eine Neukonzeption für das 20. Pressefest nachzudenken. Diese sollte in dieser Periode auf der 2. Tagung Bericht erstatten. Das haben wir versäumt. Eine solche Arbeitsgruppe muss nun einberufen werden.

Karikaturen aus dem Dorf des Widerstandes auf dem 19. UZ-Pressesfest



Flächendeckende Eigenkandidatur der DKP bei der Bund-Wahl 2017, damit das Proletariat für den Sozialismus stimmen kann

Karikaturen aus dem Dorf des Widerstandes auf dem 19. UZ-Pressesfest



Bündnisse nur, wenn diese frei von jedem Antikommunismus und schon im Ansatz anti-kapitalistische Züge zeigen



Ausscheiden aus der Europäischen Linken EL, weil diese kein sozialistischer Zusammenschluss ist - und EU-Gelder erhält

Karikaturen aus dem Dorf des Widerstandes auf dem 19. UZ-Pressefest



Entgegen dem aktuellen Parteiprogramm Rückkehr zum Terminus „marxist./leninist. Partei“ ohne Berücksichtigung der Erfahrungen 1989/1990